Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum 180 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 13. Montag, den 17. Januar 1921. 28. Jahrgang.

Vorspiele zur Preußenwahl?

Die ungeheure Bedeutung der bevorstehenden Wahlen zum preußischen Landtag kann nicht oft und eingehend genug betont werden. Gelingt es dem Bürgertum, vor allem dem reaktionären, am 20. Februar in einer Stärke aus dem Wahlkampf hervorzugehen, der es ihm erlaubt, ohne die Sozialdemokratie zu regieren, dann besteht für die deutsche Republik die größte Gefahr. Es ist der Reaktion schon lange sehr peinlich und in der Ausführung ihrer hochverräterischen Pläne hinderlich, daß Preußen immer noch von einem Kabinett regiert wird, das unter der Führung von Sozialdemokraten steht, daß Preußen noch kein zweites Bayern geworden ist. Von den Landtagswahlen erwarten sie die Erfüllung ihrer Wünsche: die geschlossene Phalanx der Königsmacher in Deutschland. Wird das erreicht, so dürfte wahrscheinlich auch die Reichsregierung, wenn das heute überhaupt möglich wäre, in noch weit höherem Maße die Escherich und Konsorten begünstigen. Der erste Schritt zur Beseitigung der Republik und zur Errichtung der Monarchie wäre getan. Die Arbeiterschaft hat das größte Interesse daran, daß die reaktionären Hoffnungen am 20. Februar gründlich zuschanden werden. Wir dürfen uns keiner Illusion darüber hingeben, daß es unserer größten Anstrengungen bedarf, um die Preußenwahlen zu einem Siege der Demokratie zu machen. Am 9. Januar sind in verschiedenen deutschen Städten Entscheidungen gefallen, die uns zu denken Anlaß geben. In Bremen bekannte sich die Bevölkerung durch Volksentscheid zu dem reaktionären Geschäftssenat, der absolut nicht die Stadtwehr auflösen will. In Hanau und Sorau fanden am selben Tage die Wahlen zum Stadtparlament statt, die aus der bisherigen sozialistischen eine bürgerliche Mehrheit machten. Es muß offen ausgesprochen werden, daß der 9. Januar uns, d. h. der Arbeiterschaft, drei empfindliche Niederlagen gebracht hat, über die die Reaktion um so mehr jubelt, als sie darin gute Zeichen für den Ausgang des preußischen Wahlkampfes erblickt.

Wenn wir nach den Ursachen dieser Niederlagen forschen, so werden wir zu dem Ergebnis kommen, daß die Zerrissenheit der Arbeiterklasse und der dadurch entstandene Bruderkrieg der eigentliche Grund ist. Durch die fortgesetzten unfruchtbaren Diskussionen zwischen den sozailistischen Gegnern, haben diese ein gut Teil ihrer besten Kräfte verzetteln müssen, anstatt sie zu einer produktiven praktischen Arbeit zusammenzufassen. Darüber hinaus sind die letzten Ereignisse im Berliner Stadtparlament, vor dem sächsischen Landtag und in Flensburg sehr awhrscheinlich von großem Einfluß gewesen. Ohne Zweifel werden die Kommunisten ohne Rücksicht darauf, daß die Republik in größter Gefahr ist, ihre wahnwitzige Politik auch in der Zukunft weiter fortsetzen. Sie werden, wie bisher, die Sozialisten anderer Richtungen in der gemeinsten Weise herunterreißen und verzweifelte arbeitslose Massen zu neuen sinnlosen Putschen aufstacheln, in der Hoffnung, auf diese Weise eine günstige Wahlparole zu erhalten. Sind die Orgeschleute für die Republik eine große Gefahr, so sind es die Kommunisten nicht minder. Es ist grundverkehrt, sie glimpflicher zu behandeln, als sie es verdient haben. Leider besteht in manchen Kreisen unserer Partei diese verkehrte Rücksichtnahme auf die Moskauer. In dem ewigen Zurückweichen vor ihnen, in der vielerorts bestehenden Angst, die Fühlungnahme mit ihnen zu verlieren oder sich die Gunst der Massen zu verscherzen, wenn man ihnen in ihren radikalen Forderungen nicht wenigstens etwas nachkommt, liegt eine nicht zu unterschätzende Gefahr. Man treibt dadurch große Teile nicht ganz sattelfester Arbeitermassen, wenn auch unbewußt, geradenwegs in die Arme der Kommunisten. Es ist eine feststehende Tatsache, daß dort, wo die Partei den Unabsradikalen gegenüber fest geblieben ist, diese nur ganz geringen Einfluß haben, wie z. B. in Hamburg, während eine allzugroße Rücksichtnahme auf sie zur Schwächung der Partei führt, wie das beispielsweise in Berlin der Fall ist.

Wenn also die Hoffnungen, die die Reaktion auf den Ausfall der Abstimmung ni Bremen, Hanau und Sorau setzt, vernichtet werden sollen, dann dürfen unsere Parteigenossen nicht vergessen, daß zwar der Feind rechts steht, daß der in erster Linie zu schlagen ist, daß aber auch links ein gefährlicher Gegner steht, der nicht zu unterschätzen ist, und dem im Wahlkampf keine Gnade widerfahren darf. Bleiben wir fest, verfolgen wir eine klare Linie und stellen wir Forderungen auf, die nicht dem Agitationsbedürfnis, sondern der Ueberzeugung entspringen, daß sie nicht nur notwendig, sondern ihre Durchführung auch nötig ist, dann werden die drei erwähnten Niederlagen keine Vorspiele zum Ausfall der Landtagswahlen, sondern Lehren gewesen sein, die gute Früchte getragen haben. Dann werden wir auch im neuen preußischen Landtag die Stärke und den Einfluß haben, die eine Gewähr für den Bestand der deutschen Republik bedeuten.

Caesar Bülow

oder

Bülows Prophezeihungen über seine eigene Präsidentschaft.

Von Historicus.

Wie wir jüngst aus der Presse ersehen konnten, ist die Partei der roten Kettensprenger rührig am Werke, den Fürsten Bülow als Kandidaten für die Reichspräsidentschaft auf den Schild zu erheben. Daß diese Kandidatur keineswegs ein Faschingsscherz, sondern durchaus ernst gemeint ist, wurde uns ja noch ausdrücklich durch eine mit Stinnes-Geld finanzierte Telegraphen-Agentur bestätigt.

Kann man ernstlich dem deutschen Volke zumuten, den früheren Reichskanzler Wilhelms II. in das höchste Amt, das die deutsche Republik zu vergeben hat, zu berufen? Diese Frage beantworten wir am besten mit der Wiedergabe einiger besonders kennzeichnender Stellen aus Bülows Reden, aus denen sich jedermann sein Verslein unschwer selber machen kann. Bei der Etatdebatte im Reichstag vom 20. bis 22. Januar 1903 gestaltete der Abgeordnete v. Vollmar, der Führer der bayerischen Sozialdemokratie, seine Etatsrede zu einer allgemeinen Anklage gegen die gesamte Politik der Reichsregierung. In der Erwiderung des Reichskanzlers Bülow findet sich folgende Stelle, die wie eine Prophezeiung des heutigen Präsidentschaftskandidaten anmutet und die es verdient, der Vergessenheit entrissen zu werden:

„Auf die Revolution folgt der Caesarismus, wie auf das U das W — das ist die Ordnung im Abc der Weltgeschichte."

Ob wohl Fürst Bülow, als er sich bereit erklärte, die Präsidentschaftskandidatur anzunehmen, sich dieses fatalen Ausspruches erinnerte? Verehrter Fürst, wenn Sie auch heute noch der Auffassung huldigen, der erste nachrevolutionäre Präsident des Deutschen Reiches müsse naturnotwendig die Rolle eines Caesars spielen, so können wir Ihnen nur raten, die Finger davon zu lassen. Sie könnten sie sich dabei etlich verbrennen. In der gleichen Rede stellte der Prophet Bülow folgende Behauptung auf, die man heute nur noch mit einem homerischen Gelächter quittieren kann:

„Ich kenne auch bei uns, auch (zu den Sozialdemokraten gewendet) in Ihren Reihen mehr oder weniger absolutistisch angelegte Parteiführer; aber absolutistisch angelegte Fürsten und Minister sind mir in Deutschland nicht bekannt."

Das sagte derselbe Mann, der sich seinerzeit gezwungen sah, den historischen Gang nach Potsdam anzutreten, um seinem kaiserlichen Herrn ein Schloß vor den Mund zu hängen, der durch seine Reskapriolen zu einer europäischen Gefahr sich ausgewachsen hatte.

Aber blättern wir weiter in den stattlichen Bänden der Sammlung Bülowscher Reden! In der Reichstagssitzung vom 19. Januar 1903 brachte der bayrische Zentrumsführer Dr. Schaedler die Angelegenheit der Swinemünder Depesche an den Prinzregenten von Bayern unter scharfen Angriffen zur Sprache. Diese Angelegenheit nahm Fürst Bülow zum Anlaß, in seiner Rede am Schluß zusammenfassend festzustellen:

„Die Kaiseridee, die dem deutschen Volke mehr ist, als der bloß formale Begriff, diese Kaiseridee repräsentiert mit den teuersten Erinnerungen des deutschen Volkes unsere Weltstellung und unsere Zukunft, und niemand soll im Zweifel sein über den festen Entschluß unseres Volkes, an der Kaiseridee nicht rütteln zu lassen, sie vor jeder Antastung zu bewahren."

Wenige Tage darauf ergänzte der Kanzler im Reichstage diese Ausführungen noch durch folgende Unterstreichungen:

„Das will ich aber mit aller Bestimmtheit aussprechen, daß das Recht der persönlichen Initiative dem Kaiser von keinem Reichskanzler verkürzt werden soll, noch wird. Das würde weder den Traditionen des deutschen Volkes entsprechen, noch seinen Interessen. Das deutsche Volk will gar keinen Schattenkaiser, das deutsche Volk will einen Kaiser von Fleisch und Blut."

Wie sehr die Belassung der persönlichen Initiative des Kaisers „den Interessen des deutschen Volkes entsprochen" und was sie ihm gekostet hat, dürfte wohl auch inzwischen dem Fürsten Bülow aufgegangen sein.

Wenn es aber noch Parteigenossen im Lande geben sollte — was wir freilich für gänzlich ausgeschlossen halten —, die eine Kandidatur des Fürsten Bülow für die Reichspräsidentschaft auch nur einen Augenblick lang in Betracht zu ziehen gewillt sein sollten, so mag ihnen zur Aufklärung dienen, was der Reichskanzler Fürst Bülow am 28. Januar 1906 im Herrenhause zum Thema „Bekämpfung der Sozialdemokratie" ausführte:

„Für die Königliche Staatsregierung wie für die bürgerlichen Parteien muß die Parole lauten: Gegen die revolutionäre Sozialdemokratie! Der Uebermut dieser Partei wäre nicht so hoch gestiegen, wenn man es von unserer Seite in Unterschätzung der unserer äußeren Machtstellung und unserer inneren Wohlfahrt, unserer Freiheit und Kultur drohenden Gefahr nicht immer und immer wieder an der notwendigen Kohäsion hätte fehlen lassen. **Die Königliche Staatsregierung wird gegenüber der Sozialdemokratie auf dem Posten sein.** Sie wird ihre Schuldigkeit tun nicht nur durch entschlossene Anwendung der Gesetze, sondern auch, indem sie tut, was sie kann, um unter den bürgerlichen Parteien und zwischen den bürgerlichen Parteien und der Staatsregierung Uneinigkeit und Zwiespalt und Mißverständnis zu verhindern oder zu beseitigen, um ein Zusammengehen der bürgerlichen Parteien mit der Staatsregierung zu ermöglichen. An die bürgerlichen Parteien richte ich auch von dieser Stelle die Mahnung: **Seien wir einig gegenüber dem gemeinsamen Feinde!"**

Gegenüber diesen Proben Bülowscher Staatsweisheit begnügen wir uns auszurufen: Ave, Caesar Bülow! Dich, den politisch Toten, grüßen die noch sehr lebendigen Sozialdemokraten!

Ein Ministerium Briand.

Das Kabinett Peret gescheitert.

Raoul Peret hat auf die Bildung des neuen französischen Ministeriums verzichten müssen. Er hat dem Präsidenten der Republik, Millerand, mitgeteilt, daß er zu seinem Bedauern die Bildung des Kabineits nicht übernehmen könne. Sonnabend mittag veröffentlichte das Sekretariat des Kammerpräsidenten Peret eine Note, in der Peret erklärt: „Infolge der Verhandlungen, die er gepflogen habe, erscheine es ihm unmöglich, ohne die Mitwirkung von Poincare und Viviani ein Kabinett der nationalen Einigung zu bilden, wie es in seiner Absicht lag. Er sei deshalb der Ansicht, daß er nicht den Vorsitz eines Ministeriums übernehmen könne, das dieser Bedingung nicht entspricht." Peret begab sich deshalb um 12 Uhr 15 Min. ins Elysee, um dem Präsidenten der Republik mitzuteilen, daß er seine Mission als beendet betrachte, und daß er die Bildung des Kabinetts ablehne.

Peret hatte am Freitag nachmittag Poincare, nachdem dieser das Finanzministerium, und Viviani das Portefeuille des Aeußeren abgelehnt hatten, das Portefeuille des Aeußeren angeboten. Poincare erklärte sich bereit, anzunehmen. Millerand legte jedoch ein Veto ein, indem er erklärte, die Besetzung des Ministeriums des Aeußern durch Poincare könne zu großen Schwierigkeiten im Verkehr mit den Verbündeten Frankreichs führen.

Darauf hat Aristide Briand die Bildung des neuen Ministeriums in die Hand genommen, und es ist ihm verhältnismäßig schnell gelungen. Das Kabinett Briand setzt sich wie folgt zusammen:

Ministerpräsident und Minister des Aeußern: Briand.
Finanzminister: Doumer.
Kriegsminister: Barthou.
Marineminister: Coista Hau.
Minister des Innern: Marraud.
Minister des öffentlichen Unterrichts: Berard.
Minister der öffentlichen Arbeiten: Le Trocque.
Justizminister: Bonnevay.
Minister der befreiten Gebiete: Loucheur.
Ackerbauminister: Lefevre de Prey.
Pensionsminister: Maginot.
Kolonialminister: Sarraut.
Arbeitsminister: Daniel Vincent.
Minister der Hygiene: Lerede.
Handelsminister: Dior.

Das neue Ministerium hat Sonntag abend 8 Uhr den ersten Ministerrat abgehalten. Im Verlaufe des Ministerrats wurden die Unterstaatssekretäre ernannt.

Ein französisch-polnischer Operationsplan für Oberschlesien?

TU. Breslau, 17. Januar. Wie aus zuverlässiger Quelle gemeldet wird, besteht zwischen dem französischen Oberkommando, der interalliierten Abstimmungskommission und der polnischen Heeresleitung ein bis in alle Einzelheiten verabredeter Operationsplan für den Fall eines polnischen Einmarsches in Oberschlesien. Danach sollen sich die französischen Besatzungstruppen, scheinbar der polnischen Übermacht weichend, unter Zurücklassung von Waffen, Munition und Gerät, das von den polnischen Offizieren übernommen wird, über die tschecho-slowakische Grenze zurückziehen und Oberschlesien kampflos den polnischen Truppen überlassen. Man rechnet damit, daß die italienischen Truppen allein schon mit Rücksicht auf ihre geringe Stärke ohne Widerstand dem französischen Beispiel folgen werden.

Abstimmung in Oberschlesien am 13. März.

Die Berliner „Montagspost" meldet: In amtlichen Londoner Kreisen wird bestätigt, daß der 13. März als Abstimmungstag für Oberschlesien in Aussicht genommen ist. Der „Petit Parisien" erklärt dazu, daß diese Nachricht mit seinen Pariser Informationen übereinstimme. Da auch die deutsche Regierung erklärt hat, daß ihre Informationen sich hiermit decken, so kann der 13. März, nämlich ein Sonntag, wohl endgültig als der Tag gelten, an dem die in Oberschlesien wohnenden Stimmberechtigten abstimmen werden. Es fehlt nur noch die amtliche Bekanntgabe an das deutsche Auswärtige Amt.

Eine kroatische Inselrepublik.

Auf einer der kleinen Inseln gegenüber von Istrien, wo sich die Bevölkerung gegen die italienische Regierung empörte, ist über Nacht, wie aus Rom berichtet wird, eine kroatische Republik ausgerufen worden. Drei Soldaten sind bei dieser Revolution getötet worden.

Nach einer Meldung der „Agence Havas" aus Belgrad hat die südslawische Regierung eine Note aus Rom erhalten, worin die italienische Regierung um Vertagung der Ausführung des Vertrages von Rapallo bittet.

Rußland und Persien.

Wie der „Daily Mail" aus Teheran gemeldet wird, sieht der zwischen den Bolschewisten und Persien vereinbarte Vertrag vor, daß der englisch-russische Vertrag von 1907 annulliert wird. Persien und Sowjetrußland enthalten sich jeder Einmischung in die gegenseitigen inneren Angelegenheiten. Rußland annulliert alle persischen Schulden und tritt Persien die Persische Diskontobank ab, die früher eine Zweigstelle der russischen Bank war. Ferner verzichtet die Sowjetregierung, wie gemeldet wird, auf die Rußland erteilten Konzessionen. Für den Fall, daß eine feindliche Streitmacht beabsichtigt, Rußland auf dem Wege über Persien anzugreifen, dürfen die Bolschewisten ausreichende Streitkräfte nach Persien senden. Endlich zahlt Rußland eine Entschädigung für den durch die letzte bolschewistische Invasion angerichteten Schaden. Der persische Vertreter in Moskau wurde angewiesen, den Vertrag zu unterzeichnen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Unparteiische Amnestie.

Die preußische Justizverwaltung läßt eine Statistik veröffentlichen, die nachweisen soll, wieviel Arbeiter auf Grund des Reichsamnestiegesetzes begnadigt worden sind. Diese Statistik beweist garnichts. Wenn man nur Arbeiter verurteilt, wie die preußische Justiz das tut, kann man auch nur Arbeiter begnadigen. [illegible] es entnimmt, ist die Tatsache, daß alle Kappisten begnadigt worden sind, genauer gesagt, daß es bei keinem Kappisten bis zur Verurteilung gekommen ist, während man gegenüber Arbeitern die Begnadigung in einer ganzen Anzahl von Fällen abgelehnt hat. Wir erinnern an [illegible]. Oder ein neuer Fall: ein Arbeiter in [illegible] hatte Ende März 1920 geäußert, der [illegible], der sich den Kappisten angeschlossen hatte, sei dadurch meineidig geworden und müßte zum Teufel gejagt werden. Das Gericht hat entschieden, daß dieser Arbeiter [illegible] nicht zu amnestieren sei, weil keine Verbindung mit der [illegible] einer hochverräterischen Unternehmung [illegible]. [illegible] Meineid in Sachen der [illegible] in der [illegible] Sache hatte nach Ansicht der Justiz mit dem hochverräterischen Unternehmen zu tun! Solche Gegenüberstellungen lehren viel mehr als die [illegible] die Statistik.

Aus dem Hauptausschuß des Reichstages.

Der Hauptausschuß des Reichstages genehmigte Sonnabend [illegible] Mark für Zwecke militärischen Schutzes und 55 Millionen Mark zur [illegible] ferner 50 Millionen Mark für die [illegible] und 500 000 Mark für die Durchführung der [illegible].

Das Arbeitslosenversicherungsgesetz.

Wie die „Telegraphen-Union" erfährt, beabsichtigt das Reichsarbeitsministerium, den [illegible] Entwurf des Arbeitslosenversicherungsgesetzes einer gründlichen Umarbeitung zu unterziehen.

Die Eisenbahnerbewegung.

Der Achtzehner-Ausschuß erließ im Einverständnis mit den [illegible] Vorständen des Deutschen Eisenbahnerverbandes, der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsbahnbediensteter und des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes einen Aufruf, worin es heißt:

„Nach [illegible] Verhandlungen, die am 14. Januar in der Reichskanzlei ihren Abschluß fanden, wurde das [illegible] Ergebnis [illegible] in den Sonnabend-Nummern mitgeteilt. [illegible]

Die [illegible] der Eisenbahnerverbände [illegible] Wege zu dem Ergebnis Stellung nehmen. [illegible]

Sobald die Stellungnahme der [illegible] [illegible] die Schlagkraft ihrer Organisationen nicht zu gefährden."

[illegible]

Zusammenstoß mit kommunistischen Demonstranten.

Die kommunistischen Demonstrationen zum Gedächtnis Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs haben am Sonnabend in Berlin [illegible] zu dem Zusammenstoß eines Demonstrationszuges mit der Polizei geführt, bei dem Blut geflossen ist. [illegible] Die Berichte über den Zusammenstoß weichen in Einzelheiten, wie das bei derartigen Anlässen stets der Fall zu sein pflegt, voneinander ab, lassen aber doch folgendes mit Sicherheit erkennen: Der Zusammenstoß wäre nicht erfolgt, wenn nicht ein Trupp der im Lustgarten versammelten Kommunisten, entgegen dem Verhalten der großen Masse, versucht hätte, in den Bannkreis der inneren Stadt einzudringen, in dem seit den Januarvorgängen des vorigen Jahres Demonstrationen verboten sind. Die Personen, die hierzu die Masse überredet haben, haben schwere Schuld und Verantwortung auf sich geladen. Bei der gegebenen Sachlage, wo mit Unkenntnis eines Teils der Demonstranten gerechnet werden mußte, entsteht allerdings die Frage, ob nicht das Vorgehen der Polizei zu scharf und zu übereilt war. Die bisher vorliegenden Berichte lassen nach dem „Vorwärts" nicht erkennen, daß eine unmittelbare Gefahr vorlag, wenn auch in dieser Demonstration die bekannten Elemente nicht fehlten, die Reibereien mit der Polizei um jeden Preis suchen. Aber die Zahl der Demonstranten war verhältnismäßig gering und ein Ziel für Gewalttätigkeiten kaum vorhanden. Unter diesen Umständen ist die vom Polizeipräsidenten bereits eingeleitete Untersuchung durchaus am Platze, die sich namentlich darauf zu erstrecken haben wird, ob nicht irgend ein Uebereifriger Befehle gegeben hat, deren praktischer Nutzen in keinem Verhältnis zu dem angerichteten politischen Schaden steht. Dagegen steht schon jetzt einwandfrei fest, daß das allgemeine Auftreten der Sicherheitspolizisten durchaus nicht provozierend war, daß viele Beamte sich redlich bemüht haben, mäßigend und beruhigend auf die Menge einzuwirken und geduldig Schmähungen sowie gar tätliche Angriffe über sich ergehen ließen.

Zweifellos werden jetzt die kommunistischen Blätter das gewohnte hysterische Wutgeschrei anstimmen. Aber gerade die Kommunisten haben am wenigsten Berechtigung zur Entrüstung, denn alles wäre vermieden worden, wenn nicht irgendwelche Führer der Massen den frivolen Ehrgeiz gehabt hätten, die polizeiliche Absperrung zu durchbrechen, wobei es nicht ausgeschlossen erscheint, daß sie gerade auf die Unkenntnis der Massen über die Existenz des Bannkreises spekulierten.

Ein merkwürdiger Fall.

In einigen Zeitungen erscheinen lange Vorberichte über eine Gerichtsverhandlung, die demnächst gegen den Kommerzienrat Otto Eisegang wegen versuchter Bestechung des Staatsanwalts Dr. Gutjahr stattfinden soll. Eisegang hat Gutjahr eine hochbezahlte Stellung angeboten, wenn er die Untersuchung gegen Ellarz einstellen wolle. Ellarz war ursprünglich mitbeschuldigt, aber das Verfahren gegen ihn ist eingestellt worden. Er hat sich jetzt dem Verfahren als Nebenkläger angeschlossen. Sein Standpunkt ist der, daß Gutjahr mehreren Zeugen gegenüber geäußert habe, er sei erbärmlich bezahlt und möchte gern aus der Justiz heraus. Und Eisegang sei das Angebot materieller Vorteile direkt in den Mund gelegt worden. Die Gerichtsverhandlung wird aufzuklären haben, ob Eisegang ganz auf eigene Faust gehandelt hat oder im Auftrage von Ellarz oder in dem von Gutjahr. Merkwürdig sind nur die langen Vorberichte in der bürgerlichen Presse, die so aufgemacht sind, daß Gutjahr von vornherein als der Unschuldsengel erscheint. Demgegenüber muß vor allem festgestellt werden, daß die versuchte Bestechung nicht von Gutjahr, sondern von Ellarz zur Anzeige gebracht worden ist. Wir enthalten uns jedes Urteils über den Fall, möchten aber nicht, daß durch Berichte von anderer Seite die Oeffentlichkeit voreingenommen wird.

Verhaftung von Orgeschleuten in Waldenburg (Schl.)

Seitdem war unser Parteiorgan in Waldenburg (Schl.), die „Schlesische Bergwacht", in der Lage, die dunklen Pläne der Orgeschleute zur [illegible] des Waldenburger Industriereviers, des [illegible] Bergarbeitergebietes Deutschlands, aufzudecken. Nunmehr sind der Kreisführer der Orgesch Hauptmann Wiesemann, sein Stellvertreter Rittmeister Thilo und der Direktor Bertram aus Gottesberg festgenommen worden. Aus Breslau ist Sicherheitspolizei zur Waffensuche nach Waldenburg abgegangen. Oberpräsident Zimmer hat sich zur Beratung nach Berlin begeben. Wie die „Volkswacht" mitteilt, sind die eigentlichen Schuldigen bei der Breslauer Provinzialleitung der Orgesch, deren Vorsitzender ein ehemaliger Intendanturbeamter Rohrbach ist, zu suchen.

Stinnes kauft Wälder.

Stinnes hat mehr als 60 Zeitungen und eine Reihe von Papierfabriken in seinen Besitz gebracht, um die Republik Deutschland in eine Domäne Stinnes zu verwandeln. Nun braucht er auch viel Papier. Um daran keinen Mangel zu leiden, hat er, wie das „Swinemünder Tageblatt" berichtet, die großen Waldungen auf Zingst angekauft. Die Abholzungen würden die gesamte Halbinsel, besonders die dortigen Badeorte, auf das schwerste schädigen. Aber wozu soll Stinnes auf ein paar Badeorte oder gar auf die Schönheit der Natur Rücksicht nehmen! Alle seine Pläne sind auf groben Materialismus eingestellt. Er spielt Fangball mit Menschen und Naturkräften, um zum unbeschränkten Herrscher über Deutschland zu werden, und nachdem er sich nunmehr auch auf die Wälder gestürzt hat, wird er daraus nicht nur die Menschen, sondern auch die Vögel verjagen, wenn es seinen Zwecken gerade dienlich ist.

Hölz-„Revolutionäre" als Spitzel entlarvt.

Der „Kämpfer" in Chemnitz teilt mit, daß es den Kommunisten in Falkenstein gelungen ist, eine ganze Spitzelbande zu entlarven. Nicht weniger als vier [illegible] radikale Revolutionäre werden genannt. Die als Spitzel Entlarvten gehörten zu den Kumpanen des Hölz.

Die heiligsten Güter.

Der Erlaß des Ministers Severing gegen das Monokeltragen einer Anzahl von Offizieren der Schutzpolizei war ein Stich in das Wespennest. Ein Wutgeschrei ist in der „nationalen" Presse vernehmlich geworden, zum Teil sogar in Form von Gedichten, woraus man annehmen muß, daß eins der heiligsten Güter der früher staatserhaltenden Parteien gefährdet ist. Die Deutschnationalen hätten sich eigentlich damit begnügen [illegible], daß sie durch ihre wahnwitzige Kriegs- und innere Politik das [illegible] deutsche Reich in Scherben geschlagen haben. Das hat so viel Scherben gegeben, daß sie auf den Scherben Glas im Auge füglich verzichten könnten.

Keine belgische Justiz.

Der Landrat von Neuß, Freiherr von [illegible], erhielt vom belgischen Kriegsgericht in Aachen 6 Monate Gefängnis und [illegible] Mark Geldstrafe wegen Ungehorsam gegen einen militärischen Befehl. Er hatte es unterlassen, eine von ihm angeforderte Aufstellung über ein Automobil rechtzeitig zu liefern.

Kleine politische Nachrichten.

Wie der „Evening Standard" meldet, soll die Sitzung des Obersten Rates am 24. Januar in Paris stattfinden.

Die deutsch-belgischen Verhandlungen über die Einlösung der während des Krieges in Belgien in Umlauf gesetzten deutschen Noten im Betrage von 6 Milliarden Mark haben am Sonnabend begonnen.

Walter Rathenau ist in amtlicher Mission nach England gereist. Näheres über seinen Auftrag ist nicht bekannt.

Der frühere bayerische Ministerpräsident, Reichstagsabgeordneter Hoffmann, der in St. Ingbert in einer sozialdemokratischen Versammlung sprechen wollte, wurde bei der Paßkontrolle in Homburg angehalten und ihm die Einreise ins Saargebiet verweigert.

In Augsburg wurde das Organ der Neu-Kommunisten, der „Volkswille" verboten.

Wie „Havas" aus Cork meldet, fanden in den Straßen Corks (Irland) Sonnabend wiederum Schießereien statt. Es wurden zwei Polizeibeamte und zwei Zivilisten verwundet und ungefähr 60 Verhaftungen vorgenommen.

Oesterreich.

Beendigung des Wiener Postbeamtenstreiks.

T.U. Wien, 17. Januar. Die Staatskorrespondenz meldet, daß nach langwierigen Verhandlungen in der Angelegenheit des Post-, Telegraphen- und Telephonstreiks eine Einigung zustande gekommen ist. Danach ist nach dreitägiger Dauer der Poststreik beendet.

Italien.

Vor der Spaltung der italienischen Sozialdemokratie.

In Livorno wurde am Sonnabend der 17. nationale Kongreß der Sozialdemokratischen Partei Italiens eröffnet. Der Kongreß trat sofort in die Beratung der Frage der Stellungnahme der Partei zur dritten Internationale ein. Aus den Reden ging der entschiedene Wille des extremen Flügels der reinen Kommunisten hervor, aus der Partei auszutreten.

Rußland.

Ein aufgehobenes Bluturteil?

Das „Internationale Genossenschaftsbulletin" will aus zuverlässiger Quelle erfahren haben, daß die russischen Genossenschafter, die unlängst zu unmenschlichen Strafen verurteilt wurden, bedingungslos in Freiheit gesetzt seien. Damit wäre die Unhaltbarkeit des Tendenzurteils klar erwiesen, mit dem die Sowjetregierung den Genossenschaftsgedanken in Rußland zu ersticken versuchte.

Frankreich.

Ein französischer Erfolg in Marokko.

Die „Agence Havas" meldet aus Boudenib in Marokko: Die unter uns stehenden Truppen, unterstützt von Flugzeugen, haben die aufständischen Stämme unter großen Verlusten für die letzteren bis gegen Steero zurückgeschlagen.

Spanien.

Verhaftungen in Barcelona.

T.U. Barcelona, 17. Januar. Nach einer „Havas"-Meldung werden in Barcelona und der Provinz die Verhaftungen der als gefährlich bekannten Syndikalisten fortgesetzt.

England.

Wahlniederlage der Regierungskoalition.

Nach einer Reutermeldung hat bei der Ersatzwahl in Dover die Koalition eine neue Niederlage erlitten. Der Kandidat der unabhängigen Liberalen (Gruppe Asquith) wurde gegen den Kandidaten der Koalition gewählt.

Vereinigte Staaten.

Das amerikanische Heer.

Der Senat hat sich mit großer Mehrheit für ein stehendes Heer von 150000 Mann ausgesprochen.

Freistaat Lübeck.

Montag, 17. Januar.

Eine Versammlung der Bürgerschaft zur Erwählung eines neuen Senatsmitgliedes an Stelle des auf sein Ansuchen in den Ruhestand versetzten Bürgermeisters Fehling findet am Montag, dem 24. Januar statt.

Achtung, Samariter! Ausgebildete Samariter, die gewillt sind, der Arbeiter-Samariter-Kolonne beizutreten, werden gebeten, sich bei den Genossen Heinr. Brüßmann, Paulstr. 15c, und H. Wolfradt, Johannisstr. 50, zu melden.

So knüpfen ans fröhliche Ende den fröhlichen Anfang wir an. Am 18. Dezember v. Js. veröffentlichten wir in der Beilage zum „Lübecker Volksboten" eine „Probe deutscher Klassenjustiz". Vom Landgericht Bonn waren nach dem Artikel, der unter wesentlichen Streichungen von uns dem „Offenbacher Abendblatt" entnommen worden war, vier Arbeiter zu zwei Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt worden, weil sie sich hatten beikommen lassen, ein bereits von Kanadiern zerstörtes Hohenzollern-Denkmal aus Wut darüber, daß unsere Wahlplakate von Borussen und anderem nationalistischen Gesindel abgerissen worden waren, rot anzupinseln. Wohl ein lübscher Borusse hat den Artikel dem Bonner Landgericht mitgeteilt, und der Bonner Landgerichtspräsident hatte nichts Eiligeres zu tun, als Strafanzeige zu stellen. Der verantwortliche Redakteur, Genosse Otto Friedrich, ist bereits heute morgen von dem ersuchten Richter vernommen worden. Das wird aller Voraussicht nach einen recht interessanten Prozeß abgeben. Seit dem Jahre 1898 klaffte in der Strafliste Friedrichs so etwas wie ein Vakuum. Es scheint, daß man den zwar nicht ganz leeren, aber doch immerhin ziemlich luftdünnen Raum wieder einigermaßen ausfüllen möchte, um an das fröhliche Ende von 1898 den fröhlichen Anfang von 1921 zu fügen. Uns soll es schon recht sein.

Die erboste Tante.

Die „Eisenbahn-Zeitung" ist seit dem Weggange des leitenden Redakteurs Dr. Hägermann noch etwas „rechter" geschwenkt. Versuchte H. schon die demokratische Auffassung nach der volksparteilichen Richtung zu korrigieren, so vollendet der neue Leiter diese Seelenwanderung vollständig. Es braucht nicht vieler Worte zum Beweis. Die Wahl des Genossen Stelling zum mecklenburgischen Ministerpräsidenten ergibt ihn. Wir lesen die folgende schöne Stelle:

„Man mag sich zur Person Stellings stellen, wie man will — wir in Lübeck haben seine stets loyale Gesinnung als früheren Redakteur des „Volksboten" auch vom parteigegnerischen Standpunkt aus immer gewertet —, so muß seine Wahl zum mecklenburgischen Ministerpräsidenten aus grundsätzlichen Gründen

gungen heraus scharf verurteilt werden, denn er ist nur mit Hilfe der Demokraten in diese Stellung gekommen. Die mecklenburgischen Demokraten Arm in Arm mit den Sozialdemokraten, den ausgesprochenen Gegnern des Bürgertums: ein Bild, das allen Behauptungen der Demokraten in Flugblättern und Wahlversammlungen, sie seien „Vertreter der bürgerlichen Staatsangehörigen", ins Gesicht schlägt! Das Verhalten der mecklenburgischen Demokratie ist ein offener Verrat am Bürgertum — diese Tatsache muß festgenagelt und festgehalten werden und wird — davon sind wir überzeugt, nicht nur in Mecklenburg, sondern auch hier in Lübeck noch weitere Kreise aus der Demokratischen Partei hinaustreiben!"

Die verehrte Eisenbahntante schüttet mit dieser Strafpredigt gegen die Demokraten ihr wahres Herz aus. Sie beweist damit ihre erzreaktionäre „unparteiische" Gesinnung, die sich mit den mecklenburgischen Junkerblättern vollkommen deckt. Sie erhofft aber auch das Vergnügen, wankelmütige „Demokraten" von der Gefahr zu erretten, mit dem Atem eines †††-Sozialdemokraten weiter in Berührung zu kommen. Und das ist schon etwas wert. Die „Eisenbahn-Zeitung" hebt damit nur ihr altes Gewerbe der Sozialistenbekämpfung in den Vordergrund, und das scheint nach Ansicht verschiedener Leute guten Gewinn zu verschaffen. Wenn sich nur die tüchtigen Geschäftsleute dabei nicht verspekulieren. Im übrigen haben in dieser Sache die Demokraten das Wort.

*

Der 18. Januar soll in den Schulen als Gedenktag zur Aufrichtung des Deutschen Reiches und der Einigung der deutschen Stämme in stiller, ernster Weise gefeiert werden. Der Schulunterricht fällt aber nicht aus. In Preußen und verschiedenen anderen Ländern ist amtlicherseits darauf hingewiesen worden, daß die Feier in einer Weise erfolgen soll, wodurch das Bewußtsein zur festen Einheit des deutschen Volkes gestärkt wird. Alles Trennende und alles was dem Einheitsempfinden des Volkes beeinträchtigen oder stören kann, soll ferngehalten werden. Wird man sich überall danach richten und die Feier in dieser Weise vornehmen? Abwarten! Ohne Hurrapatriotismus und ohne gegen die Republik und gegen die Sozialdemokratie zu hetzen, können unsere Ueberpatrioten schwerlich einen solchen Tag vorübergehen lassen. Sie haben bisher jede passende und unpassende Gelegenheit für ihre Zwecke ausgenutzt.

Zum Streik der Lastadiearbeiter. Situationsbericht. Sämtlichen streikenden Arbeitern der Holzläger, ist die Entlassung mit dem Vermerk: Vertragsbruch! ins Haus geschickt worden. Diese Maßnahme läßt erkennen, daß man es auf einen Bruch, auf die Geschlossenheit der Kollegen abgesehen hat. Durch die Machinationen eines Syndikus sollen die Arbeiter von ihrem Beschluß abgebracht und wankelmütig gemacht werden. Vertragsbruch kann niemals die Ursache sein. Die tariflichen Vereinbarungen sind folgende: Der Manteltarif läuft bis zum 31. März 1921 weiter. Unabhängig davon ist der Lohntarif. Dieser ist spätestens am 15. eines jeden Monats zum 1. kündbar. Nach diesen Vereinbarungen wurde der Lohntarif am 15. Dezember gekündigt. Da nun bis zum 1. Januar 1921 eine Einigung in bezug auf den geforderten Lohn nicht zustande gekommen ist, besteht eine vertragslose Zeit. Die Aussagen von Kollegen deuten darauf hin, daß Spitzel am Werke sind, um das Zusammengehörigkeitsgefühl durch Schauermärchen zu untergraben. Wir sind überzeugt, daß diese Elemente die richtige Abfuhr erleben, die ihnen gebührt. Den in Mitleidenschaft gezogenen Organisationen rufen wir zu: Unterstützt uns, wie bisher, damit unserer gerechten Sache Nachdruck verliehen werden kann. Den schon gekennzeichneten Angestellten auf den Holzlägern wäre zu empfehlen, sich standesgemäß einzukleiden, und sich mit einem Schulterleder zu versehen, damit sie keine blauen Schultern bekommen und zur gegebenen Zeit ihren eigentlichen Beruf wieder aufnehmen können.

Die Lastadiearbeiter.

Zur Streikarbeit auf den Holzlagerplätzen durch kaufmännische Angestellte wird uns vom Zentralverband der Angestellten mitgeteilt, daß sich Mitglieder seines Verbandes nicht unter den brettertragenden Angestellten befinden.

Variete und Ringkämpfer im Gewerkschaftshaus. Seit Sonntag ist das Gewerkschaftshaus auf einige Zeit seinem eigentlichen Zweck entzogen. Varietekünstler und Ringkämpfer sind eingezogen, die am Tage ihres Debuts ein bis auf den letzten Platz ausverkauftes Haus begrüßte. Die Direktion dieses Gastspiels hat der ehemalige Leiter des Intimen Theaters, Herr W. Lutz übernommen. Das Variete programm selbst bietet Außergewöhnliches nicht, obwohl einige gute Punkte verzeichnet sind. Das ist aber überall so, wo die Ringer den Hauptanziehungspunkt bilden und das Soll die Kasse belasten. Vertreten ist der Zauberkünstler Uferini jr., der neben altbekannten Vorführungen mit interessanten Neuheiten aufwartet. Insbesondere erregten seine tanzenden Teufel, sowie die Flucht aus dem Teufelskäfig viel Spaß. Der verschwindende Vogelkäfig löst große Ueberraschung aus. Heute ist man glücklicherweise davon abgekommen, zu diesem Experiment, bei dem vor etwa 20 Jahren in London jeden Abend ein Kanarienvogel geopfert wurde, lebende Vögel zu verwenden. Uferini tritt später auch als Schattenbildkünstler auf. Als Zirkustomiker produzieren sich Pippi und Fax, zwei ganz lustige Gesellen, von denen wir hoffen, daß in ihrem Repertoire noch bessere Späße verzeichnet sind. Besonders geschmackvoll war das Gebotene nicht. Der Entfesselungskünstler Martini Szeny ist in Lübeck kein Neuling mehr. Er trat schon im Hansatheater auf. Aber man sieht den Arbeiten dieses Künstlers immer wieder gerne zu, gerade weil es reelle Arbeit ist. Der Mann versteht auch etwas von Aufmachung. Er sowie seine hübsche Handreicherin stellen ein famoses Cowboypaar dar, das für sich einnimmt. Der Meister seines Faches ist tatsächlich unerreicht. Auch ein Humorist ist vertreten. Die Vorträge Hermann Abendroths fanden starken Beifall, mit dem auch alle anderen Auftretenden beehrt wurden. Die Musikkapelle lebte mit den Künstlern ständig auf dem Kriegsfuß, sie scheint sich erst einarbeiten zu müssen. Nach diesem ersten Programmteil präsentierten sich etwa anderthalb Dutzend Ringkämpfer, kräftige massige Gestalten, denen die Kriegsrationen gut bekommen sind. Am ersten Abend maßen Kraft und Gewandtheit Pyrzeba, Meisterringer von Oberschlesien, gegen Caburg, Charlottenburg. Der Kampf blieb unentschieden. Dagegen warf Grunewald, Meisterringer von Rheinland-Westfalen, seinen Gegner Kellermann-Aachen in 3 Minuten 16 Sekunden. Fischer, besser Mittelgewichtsringer den Sachsen und Petitjean, Meisterringer von Berlin im Mittelgewicht, kämpften sich vergebens gegenseitig nieder. Urbach, Meisterringer von Europa, warf im zweiten Gang seinen ihm im Körpergewicht unterlegenen Gegner Köhler-Berlin in 14 Min. 15 Sek. Die Kämpfe wurden unter lebhafter Teilnahme des Publikum geführt und lösten im letzteren Fall großen Widerspruch aus, der jedoch vom Impresario Jaenecke zurückgewiesen wurde. Auch die ständig anwesenden unparteiischen Schiedsrichter der hiesigen Athletenklubs erklärten den Griff Urbachs, der den Gegner zur Strecke brachte, als erlaubt.

Der Arbeiter-Bildungsverein hielt vorigen Mittwoch seine Monatsversammlung ab. Der Vorsitzende, Genosse Schermer, ersuchte, immer neue Mitglieder für den Verein zu werben. Herr Lehrer Lüth sprach über „Humor bei unserm plattdeutschen Dichter". Einleitend wies Redner darauf hin, daß die plattdeutsche Sprache die Sprache unserer Vorfahren gewesen sei und man sich auch in früherer Zeit bei Gericht, in der Schule und Kirche der plattdeutschen Sprache bedient hätte. Erst viel viel später hätte sich die hochdeutsche Sprache gebildet. Die sogenannten besseren Stände hätten sich ihrer angenommen und mit der Zeit sei sie fast überall eingeführt worden. Auch in der Dichtkunst wurde sie angewandt. Erst Klaus Groth und Fritz Reuter hätten sich wieder der plattdeutschen Sprache bedient und in heutiger Zeit wird sie wieder in plattdeutschen Vereinen und an den Volksbühnen gepflegt. Redner sprach dann über die drei neuen plattdeutschen Dichter: Fritz Lau, Rudolf Kienau und Rudolf Tarnow. Fritz Lau war in Kiel geboren. Sein Vater war Seemann, der auch recht humorvoll veranlagt war. Lau führt in seinen Werken eine schöne reine Sprache, die auch so recht auf Herz und Gemüt wirkt. Vorgelesen vom Redner wurden: „To Bett" und „Reinmaken". Rudolf Kienau stammt von der Insel Finkenwerder, wo seine Eltern jetzt noch leben. Auch aus seinen Werken spricht ein urwüchsiger Humor. Herr Lüth verlas daraus: „Blinkfüer", außerdem die beiden Gedichte: „Poesie" und „He, Se und de Schöf". Der dritte plattdeutsche Dichter, Rudolf Tarnow, ist aus Mecklenburg und dort als Inspektor auf einem Gute tätig. Nach Fritz Reuter ist er der beste plattdeutsche Dichter dieser Art. Seine bekanntesten Werke sind: „Die Burrkämers". Aus diesen verlas Herr Lüth die Gedichte: „De Scholpatron", „Dat Toprosten" und „De Hosen". Mit den Worten: „Holt fast an de plattdütsche Moderspraak!" schloß der Redner seinen interessanten, mit vielem Beifall aufgenommenen Vortrag. Eine größere Anzahl plattdeutscher Bücher lag zur Ansicht aus und wurde vom Referenten näher erklärt. Zum zweiten Vorsitzenden wurde Genosse Kaßbohm gewählt. Der in voriger Versammlung gestellte Antrag, den Mitgliedern des Vereins zu den Theatervorstellungen gute Plätze zu sichern, wurde besprochen und im Hinblick auf die entstehenden Schwierigkeiten einstimmig abgelehnt.

Konkurseröffnung. Am Donnerstag ist über das Vermögen des Kaufmanns August Trost, Holstenstraße 24, das Konkursverfahren eröffnet worden. T. ist der Schütze, durch dessen unglücklichen Schuß seinerzeit auf einer Jagd der bekannte Arzt Dr. S. sein Augenlicht einbüßte. Nach Blätterberichten ist der Schütze vom Gericht zur Zahlung einer jährlichen Rente von 38 000 Mk. an den Verunglückten verurteilt worden. Zum Konkursverwalter wurde Rechtsanwalt Meyer ernannt.

Vermißt. Der an der Untertrave 43 II, wohnhafte Privatmann Friedrich Meyer, der zurzeit aushilfsweise bei der Spar- und Anleihe-Kasse beschäftigt wurde, hat am Dienstag morgen seine Wohnung verlassen und ist bis heute nicht zurückgekehrt. Zeichen der Schwermut und ein in letzter Zeit aufgetretenes Augenleiden, das eine Operation nötig machte, scheinen ihn, wie die „Lübeck. Anz." berichten, in den Tod getrieben zu haben. Personen, die über seinen Aufenthalt Mitteilungen machen könnten, werden gebeten, solche an Frau Frida Meyer, Untertrave 43, II, gelangen zu lassen.

Zur Ermittelung der Wäschediebin, die den Wäschediebstahl am Montag, dem 10. Januar, an der Mauer ausführte, werden diejenigen Personen, welche die Frauensperson mit der Wäsche aus dem Hause kommend gesehen haben, gebeten, sich an der Mauer 100 zu melden.

Wer vergnügt und froh ist, denke der **Armen** und **mit Sorgen Belasteten** und gebe für die **Lübecker Sammlung der deutschen Kinderhilfe!**

Einzahlungen an einer der hiesigen Banken oder an das Gewerkschaftssekretariat. (1831

pb. **Stoffdiebe gefaßt?** Wegen Verdachts, den in der Silvesternacht in der Hüxstraße ausgeführten Einbruchsdiebstahl begangen zu haben, bei dem für etwa 20 000 Mark Stoffe gestohlen wurden, wurden zwei hier wohnhafte Schlosser festgenommen, in deren Wohnungen auch der größte Teil der gestohlenen Sachen vorgefunden wurde. Der Rest war bisher noch nicht zu ermitteln.

pb. **Festgenommen** wurden drei hiesige junge Burschen, die den in der Nacht zum 10. ds. Mts. verübten Einbruch in ein Delikatessengeschäft in der Hüxstraße ausgeführt haben. Auch hier konnten die gestohlenen Sachen fast restlos herbeigeschafft werden. — Wegen verschiedener Hundediebstähle wurden zwei hier wohnhafte Arbeiter festgenommen.

pb. **Gestohlen** wurden aus einem Hause der Roeckstraße mittels Einbruchs zwei Winterüberzieher mit Sammetkragen, zwei Wollschals u. a. — Einer Dame wurde in einem hiesigen Hotel ein wertvoller Skunksmuff gestohlen.

*

Travemünde. Die Sammlung für die Deutsche Kinderhilfe in Travemünde brachte bisher einen Betrag von 3932,87 Mk., wovon 2319,47 Mk. allein von Mädchen der ersten Klasse unserer Bezirksschule eingesammelt worden sind. Weitere Zeichnungen werden in der Geschäftsstelle der Behörde für Travemünde entgegengenommen. Es sei darauf hingewiesen, daß von dem Ertrag der Sammlung ein wesentlicher Teil von vornherein Travemünde verbleibt und daß im übrigen die gespendeten Gelder dazu beitragen sollen, Einrichtungen zu schaffen, deren wir im Interesse der Volksgesundung so dringend bedürfen. Erinnert sei an ein Mutter- und Säuglingsheim, das Lübeck aus den Mitteln dieser Sammlung zu errichten beabsichtigt.

Angrenzende Gebiete.

Eutin. Ein Wahrheitsfeind. Zu den bissigsten Gegnern des Anschlusses der Provinz an den Freistaat Lübeck gehört der „Anzeiger", im Volksmunde „Wochenwagen" geheißen. Ist in irgend einer lübschen Gemeinde, sei es Travemünde oder sonst wo, jemand aufgestanden, der Beschwerden gegen den lübschen Freistaat vorzubringen hat, so greift der „Anzeiger" diese Beschwerde flugs auf und sucht damit seine Leser gegen Lübeck scharf und grantlich zu machen. So hat es das Blatt allen Ernstes fertig bekommen, seinen aufhorchenden Lesern einzureden, daß Travemünde vom lübschen Staat außerordentlich stiefmütterlich behandelt werde; wenn aber schon Lübeck für einen Ort wie Travemünde so wenig übrig habe, so hätte die Provinz nach dem Anschlusse erst recht nichts zu erwarten. In der Redaktion des „Anzeigers" ist man selbstverständlich nicht so dumm, um nicht zu wissen, daß Travemünde, wenn es heute das Gepräge eines erstklassigen Badeortes zeigt, alles dieses lediglich Lübeck verdankt. Mit den Millionen, die der Freistaat in Travemünde hineingesteckt hat, hätte man ehemals die ganze Provinz mit den besten Chausseen versehen können. Aber es paßt nun einmal in das tendentiöse Spiel, das der „Anzeiger" in der Anschlußfrage treibt, daß er sich absichtlich der Anerkennung der Wahrheit verschließt. Ritterlich und tapfer ist das gerade nicht. Aber auch sonst führt der „Anzeiger" den Kampf mit vergifteten Waffen. So ist sein beliebtestes Steckenpferd, die Bevölkerung in der Provinz damit von dem Anschluß an den Freistaat abzuschrecken, daß er auf die starke Verschuldung Lübecks hinweist. Man locke an der Trave nach der „reichen" Provinz, um sich finanziell wieder gesund zu machen. Wir wissen, daß heute infolge des verlorenen Weltkrieges jeder sein Mäckchen zu tragen hat, und daß das Maß der Schulden in allen Staaten und Städten so ziemlich gleich groß ist. Aber der Freistaat Lübeck hat wenigstens den Vorteil für sich, daß er innerlich urgesund ist und deshalb nach menschlichem Ermessen diese überaus schweren Zeiten verhältnismäßig noch am besten überstehen dürfte. Das weiß man natürlich auch in Eutin; aber man stellt sich dümmer, als man es ist, weil es so besser in den Kram paßt. Die haarsträubenden Verdrehungen der Wahrheit durch den „Anzeiger" haben schließlich einem seiner Leser Veranlassung gegeben, in einem Einsender einmal festzustellen, was ist, um das frivole Spiel des „Anzeigers" in der Anschlußfrage aufzudecken. Wohl oder übel mußte sich die Redaktion des Wochenwagens zur Aufnahme dieses Eingesandts verstehen. Aber man schämte sich nicht, einen ganz wesentlichen Bestandteil der Einsendung dem Rotstift verfallen zu lassen. Warum man die Streichung vornahm, liegt auf der Hand, so bald unsere Leser den Sachverhalt erfahren. Am Schlusse des Eingesandts hatte es geheißen: „Wir (d. h. die Bewohner der Provinz. Red. d. L. V.) haben wirklich keinerlei Ursache, uns aufs hohe Pferd zu setzen und zu tun, als ob Lübecks Wohl und Wehe von uns abhänge. Vielleicht ist es umgekehrt; unsere Schulden sind in letzter Zeit weit über unsere Verhältnisse hinausgewachsen und „machen uns kaputt", wie der Herr Regierungspräsident sich in der letzten Landesausschußsitzung ausdrückte." Diesen letzten, von uns durch Fettdruck hervorgehobenen, ganz wesentlichen Satz hat die Redaktion des „Anzeigers" ohne Einverständnis des Einsenders einfach gestrichen. Sie wußte schon warum: dann wäre ja das ganze Schwindelgebäude, das man vor den Lesern errichtet hat, schmählich zusammengebrochen, und das durfte doch nicht sein. In der Redaktion des „Anzeigers" liebt man die Wahrheit nicht! Die Einwohner der Provinz ersehen aber daraus, wie sie von dem „Anzeiger" bewußt hinters Licht geführt werden. Sie sollten darüber ernstlich nachdenken. Wir zweifeln keinen Augenblick, daß dann vielleicht noch mancher, der heute in der Anschlußfrage eine schwankende Haltung einnimmt, zu der Ueberzeugung kommt, daß, wenn man schon zu so vergifteten Waffen greift und selbst nicht vor einer bewußten Verheimlichung der Wahrheit zurückschreckt, daß der Freistaat keine schwarzen Pläne verfolgt, und daß nur der dringend notwendige wirtschaftliche Aufbau unseres armen gequälten Vaterlandes die politische Vereinigung zweier benachbarter Bezirke verlangt, die schon seit Jahrhunderten auf Gedeih und Verderb auf einander angewiesen sind und bisher nur deshalb nicht zusammenkommen konnten, weil dem dynastische Interessen und politische Kurzsichtigkeit entgegenstanden. Der Anschluß der Provinz an den Freistaat ist eine zwingende Notwendigkeit. Wer ihm widerstrebt, versündigt sich an den Interessen des Reiches, des Freistaates, nicht zuletzt aber auch an den Interessen der Provinz Lübeck selbst.

Hamburg. Die Neuwahl der Hamburger Bürgerschaft ist auf den 20. Februar angesetzt.

Schwerin. Zur neuen Regierungsbildung. Als weitere sozialdemokratische Minister sind Dr. Rittweger-Kiel und Puls-Rostock in Aussicht genommen. Bei den Demokraten vollzieht sich eine Rechtsschwenkung. Austritte aus der Partei werden bereits in den Zeitungen veröffentlicht. Die Demokraten geben die von ihnen nicht erwartete Erklärung ab, daß sie hoffen, ein Ministerium präsentieren zu können, welches sich auf die mittleren Parteien stützen könne und infolgedessen arbeitsfähig sei. Zu den „mittleren Parteien" rechnen sie die Deutsche Volkspartei! Genosse Moltmann gab hierüber seine Ueberraschung kund. Wir mußten nach der bisherigen Entwickelung der Dinge erwarten und erwarten auch heute noch, daß zwei Demokraten nebst zwei weiteren Sozialdemokraten in das neue Ministerium eintreten werden. Die demokratischen Führer sind von den Truppen verlassen worden, und die liberalen Zeitungen pfeifen zurück! Sie haben wieder mal Angst vor der eigenen Courage. Zwar gehört der ehrliche Demokrat dahin, wo die Republikaner stehen; aber die Demokraten gehen meist lieber zu denen, die bei der monarchistischen Hetzrede des Deutschnationalen Knebusch in die Hände klatschten und laut Brave riefen — wie es Deutschvolksparteiler taten! Ja, ja — die Demokraten! Was nun wird, steht noch dahin. Allein nimmt die Sozialdemokratie die Regierung nicht auf ihre Schultern.

Bremen. Die Neuwahl der Bremer Bürgerschaft findet am 20. Februar statt.

Neueste Nachrichten.

Die Eisenbahner und die Zugeständnisse der Regierung.

TU. Berlin, 17. Januar. Da die großen Berliner Eisenbahner-Organisationen erst in letzter Stunde ihre Mitglieder benachrichtigen konnten, daß die für gestern angesagte Kundgebung infolge der Einigung mit der Regierung nicht stattfinden sollte, hatten sich in vier großen Versammlungslokalen etwa 8000 Personen, zum größten Teil die Arbeiter der Berliner Eisenbahnreparaturwerkstätten, eingefunden, um gegen die finanziellen Bewilligungen der Regierung zu protestieren. Nach Schluß der Versammlung bildeten sich Demonstrationszüge.

Eine deutschvölkische Kundgebung.

TU. Halle, 17. Januar. Der deutschvölkische Schutz- und Trutzbund veranstaltete Sonntag eine Erinnerungsfeier an die Reichsgründung. Der Abg. Walle, bis Neujahr Leiter der „Deutschen Ztg.", sprach über „50 Jahre Deutsches Reich und deutsches Volkstum". Ein starkes Polizeiaufgebot hatte sich um das Versammlungslokal postiert. Die während des Vormittags gepflogenen Verhandlungen mit den Behörden über Zurückziehung des Umzugsverbotes hatten nur den Erfolg, daß eine Deputation von 20 Mann Kränze am Denkmal niederlegen durfte. Die Deputation begab sich unter Vorantritt der Kranzträger zum Denkmal. Ihnen folgten aber mehrere hundert Personen im geschlossenen Zuge und unter dem Gesang vaterländischer Lieder. Die Polizei versuchte diese Personen zurückzuhalten, die jedoch bis zum Denkmal gelangten. Eine Gruppe jugendlicher Kommunisten versuchte die deutschvölkische Kundgebung durch Absingen revolutionärer Lieder zu ersticken. Am Denkmal wurden mehrere Kränze mit schwarz-weiß-roten Schleifen niedergelegt und ein Hoch auf das Vaterland ausgebracht. Zwischenfälle haben sich nicht ereignet.

Raub.

TU. Erfurt, 17. Januar. Die Buchhalterin einer Bankfirma wurde von drei Männern am hellen Tage überfallen und ihrer Kasse mit einem Geldbetrage in Höhe von 10 000 Mark beraubt. Die Täter sind entflohen.

Ausdehnung des ukrainischen Aufstandes.

TU. Genf, 17. Januar. Die Aufständischen in der Ukraine haben zwei der besten bolschewistischen Divisionen umzingelt und völlig aufgerieben. Unter diesen Truppen befand sich ein ausschließlich aus Offizieren der Petersburger Militär-Akademie zusammengelesenes Kontingent, daß die Elite der roten Truppen darstellte. Die Aufständischen haben die Gegend von Jekaterinoslaw, Nikolajew und Alexandrowsk besetzt. In bolschewistischen Regierungskreisen in Charkow herrscht Panik. Nach der „Iswestija" dehnt sich der Aufstand weiter aus. Die Gouvernements Kiew, Tschernikow, Poltowa, Podolien und Cherson sind ebenfalls in Mitleidenschaft gezogen.

Der Deutsch-Amerikaner gegen die schwarze Schmach.

TU. Neuyork, 17. Januar. Hier hat sich ein Hunderterausschuß von bekannten Deutsch-Amerikanern gebildet, um eine umfassende Bewegung gegen die schwarze Schmach einzuleiten.

Die Furcht vor der deutschen Konkurrenz.

TU. Neuyork, 17. Januar. Die Zolltarifkommission des Kongresses hört 100 Vertreter der verschiedenen Industrien an, die vorwiegend Schutz gegen die durch den Waffenstillstand erfolgte deutsche Konkurrenz suchen.

Für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Nachrichten „Aus dem Freistaat Lübeck" verantwortlich: Otto Friedrich; für die Rubrik „Aus dem Freistaat Lübeck" verantwortlich: Hermann Bauer.
Verleger: Heinr. Steinberg. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Ein Ereignis von höchster Bedeutung

für das kaufende Publikum!

Hemdentuche kräftige Qualität . . . . . Meter **10.90**

Batiste mit schönen Streublumenmustern . . . . . Meter **13.50**

Köper-Barchente weiß . . . . . Meter **16.75**

Hauskleiderstoffe dunkelgrundig, ca. 90 cm breit . . . . . Meter **19.50**

Blusenstoffe in aparten Mustern . . . . . Meter **22.50**

Kleiderstoffe kariert, ca. 100 cm breit . . . . . Meter **23.75**

Crepe de chine weichfließendes Gewebe, ca. 100 cm breit Meter 85,00 **59.00**

Eolienne verschiedene Farben, ca. 100 cm breit . . . . . Meter **59.50**

Kleiderseiden in vielen Farben, doppeltbreit . . . . . Meter **67.50**

Taghemden für Damen aus gutem Wäschetuch **37.50**

Beinkleider für Damen aus gutem Wäschetuch **37.50**

Untertaillen mit reicher Stickerei **14.75**

Korsette weiß und grau tadellos sitzende Formen **25.00**

Tüll-Gardinen in schönen Mustern . . . . . Meter **7.90**

Gardinenstoffe mit Kante weiß, engl. Tüll, doppeltbreit . . . . . Meter **14.75**

Spannstoffe doppeltbreit, kleingemustert . . . . . Meter **13.75**

Tüll-Gardinen abgepaßt moderne Muster . . . . . 2 Schals **29.75**

Stores mit Volant Erbstüll mit reicher Bändchenarbeit 74,00 **54.75**

Künstler-Garnitur. Ia. Makoqualität, 2 Schals und Querbehang **110.00**

Madras-Garnitur. in aparten Farben und Mustern, vorzüglich waschbar 2 Schals und Querbehang 195,— **165.00**

Tüll-Bettdecken 2bettig zum größten Teil mit Volant aus engl. Tüll und Erbstüll mit reich. Bändchenarbeit . . . . . durchweg **145.00**

Vorhangstoffe 130 cm breit in schwerer derber Qualität, gestreift . . . . . Meter **32.50**

Vorhang-Kattun gut waschbar . . . . . Meter **8.75**

Gobelinstoffe ca. 125 cm br. schwere Qualität, in schönen Mustern . . Meter 105,00 **85.00**

Reisedecken schwere warme Qualität, plaidartig **95.00**

Bettvorlagen aus reinem Material, mod. gemustert **29.75**

EIN POSTEN
Deutsche Axminster-Teppiche
mit kleinen Schönheitsfehlern, in modernen und Perser Mustern, garantiert reines Material, Größe 3/4, durchweg **385.00**

Ein Posten Jute-Teppiche
moderne Muster — bewährte Qualität
Größe 10/4 **195,00** . . . . . Größe 8/4 **168.00**

Während des Inventur-Ausverkaufs
in allen Abteilungen

Reste und Restposten

zu fabelhaft billigen Preisen

Holstenhaus

G.m.b.H. Lübeck

Beilage zu Nr. 13.
27. Jahrgang.

Lübecker Volksbote

Montag, den 17. Januar 1921

Die idealste Staatsform.

(Eine zeitgemäße historische Erinnerung der „Kreuz-Zeitung".)

Uns wird geschrieben:

Die „Kreuz-Zeitung", das Blatt der ostelbischen Junker, veröffentlicht in ihrer Nr. 21 vom 14. Januar Erinnerungen der Frau Amalie v. Schön-Gumbinnen. Die Dame gehört offenbar jener Familie v. Schön an, deren bekanntester Vertreter der Staatsminister Heinrich Theodor v. Schön war, ein aufrechter und kluger Mann, der in Ostpreußen zur Zeit der Freiheitskriege eine hervorragende Rolle spielte und durch sein Wirken der Geschichte angehört. Die „Kreuz-Zeitung" war unseres Erachtens nicht gerade gut beraten, als sie die Erinnerungen der Nachkommen jenes Heinrich Theodor v. Schön der Oeffentlichkeit übergab, enthalten sie doch einen höchst zeitgemäßen geschichtlichen Ausspruch des Staatsmannes Schön, der heute mehr denn je festgehalten zu werden verdient und uns als schätzbares Argument für den Wert der Republik zu dienen vermag.

Im Februar 1848, so erzählt Frau v. Schön, wurde der bereits im hohen Alter stehende Staatsmann durch dringende Staffette zum König nach Berlin berufen. Wir geben nun der Erzählerin selbst das Wort: „Als Schön in Berlin ankam, nahm er sich nur Zeit zum Umkleiden und eine Tasse Tee zu trinken, dann begab er sich sofort zum König, der ihn gleich nach seiner Ankunft in Berlin sprechen wollte. Nur wenige Minuten hatte Schön in dem Gemach gewartet, in welches er geführt war, als auch schon der König heftigen Schrittes eintrat, Schöns beide Hände ergreifend und sie herzlich und in großer Erregung drückend." Ich habe Sie als meinen alten Freund hergerufen — Sie kennen die erschütternde Lage um mich her — um Sie zu fragen: **„Welche Staatsform halten Sie für die idealste?"** Die Augen des Königs blickten Schön, der in ehrerbietiger Haltung vor ihm stand, erwartungsvoll, mit größter Spannung an. „Majestät fragen mich nach meiner Ansicht über die idealste Staatsform?" — „Ja! Ja! Welche halten Sie dafür?" — „Majestät, wir haben beide als Jünglinge für das klassische Altertum geschwärmt und uns begeistert für seine Ideen und geglaubt, **daß die idealste Staatsform die Republik sei,** aber —" doch weiter kam Schön in seiner Rede nicht, der König unterbrach ihn mit den erbitterten, vor Schmerz durchbebten Worten: „Also auch Sie!", drehte sich jäh um und verließ ohne Gruß das Zimmer."

Dieses unumwundene Bekenntnis des Staatsministers von Schön bleibt wertvoll, auch wenn er es nach seiner unmittelbaren Rückkehr nach Ostpreußen in einem Schreiben an den König abzuschwächen unternahm. Er erklärte darin nämlich, der König habe ihn nach seiner Ansicht über die idealste Staatsform gefragt, und nur darauf habe er Antwort geben können, denn der Monarch habe nur diese kurze direkte Frage an ihn gestellt; seine — Schöns — Antwort hätte aber keineswegs einen Rat für den König in der momentanen schweren Lage bedeutet. Schließlich gebraucht Schön, um den König mit seiner Ansicht einigermaßen wieder auszusöhnen, in seinem Schreiben noch ein paar Floskeln der bei einem hohen, in monarchischer Tradition großgewordenen Staatsbeamten selbstverständlichen Art: Preußen sei durch die Hohenzollern groß geworden, das Volk sei noch zu unreif, sich selbst zu regieren usw. usw.

Sehen wir von diesem Rückfall in höfische Sprachgewohnheiten einmal ab, so bleibt als Kern des erzählten Erlebnisses bestehen, daß Heinrich Theodor v. Schön dem preußischen Königg unter vier Augen die Republik als die idealste Staatsform bezeichnete.

Freistaat Lübeck.

Montag, 17. Januar.

Seeschiffahrtsverkehr.

Im Dezember gingen nach den Zusammenstellungen des statistischen Amtes im Lübecker Hafen 106 Dampfer und 42 Segler, zusammen 148 (1919: 119) Handelsschiffe mit 34 496 (26 887) Reg.-Tons Raumgehalt ein und 108 Dampfer und 37 Segler, zusammen 145 (120) Schiffe mit 34 634 (27 978) Reg.-Tons aus. Beladen waren einkommend 99 Schiffe oder 66,9 Proz. und ausgehend 97 Schiffe oder 66,9 Proz. Von den 293 Fahrten aller ein- und ausgegangenen Schiffe kamen auf deutsche Häfen 53, auf russische 4, auf finnische 28, auf schwedische 13, auf norwegische 12, auf dänische 54, auf englische 3, auf niederländische 1 und auf die Hochseefischerei 15. Dem Tonnengehalt nach kamen auf inländische Häfen 11 293 Reg.-Tons, auf Rußland (alten Umfangs) 1949, auf Finnland 9520, auf Schweden 32 702, auf Norwegen 3404, auf Dänemark 7570, auf England 610, auf Holland 740 und auf die Hochseefischerei 1372. Die deutsche Flagge führten 208 Schiffe, die finnische 28, die schwedische 36, die norwegische 4, die dänische 15, die holländische 2. Die von den Schiffen eingebrachten Gütermengen beliefen sich auf 33 293 Tonnen, während die von ihnen mitgenommenen 25 506 Tonnen ausmachten. Den Verkehrsländern nach verteilt sich die Ladung wie folgt:

	Einfuhr To.	Ausfuhr To.
Inland	1699	88
Rußland	—	2709
Finnland	829	9247
Schweden	29150	7565
Norwegen	977	2460
Dänemark	422	3437
England	100	—
Hochseefischerei	116	—

Briefbeförderung nach Amerika. Außer den bereits veröffentlichten Postabgängen nach Amerika im Januar finden weitere mit folgenden Dampfern statt: 1. Dampfer „Susquehanna" von Bremerhaven nach Neuyork am 22. Januar. Postschluß beim Postamt 2 in Emmerich am 20. Januar 5 Uhr nachm. für Einschreibbriefe und am 21. Januar 1 Uhr nachts für andere Sendungen, beim Postamt 1 in Hamburg am 21. Januar 12 Uhr mittags und beim Postamt 1 in Bremen am 21. Januar 11 Uhr abends für alle Sendungen. 2. Dampfer „Gelria" von Amsterdam nach Rio de Janeiro, Santos, Montevideo und Buenos Aires am 2. Februar. Postschluß beim Postamt 2 in Emmerich am 31. Januar 5 Uhr nachm. für Einschreibbriefe und 12 Uhr nachts für andere Sendungen, beim Postamt 1 in Hamburg am 31. Januar 8 Uhr vorm. für Einschreibbriefe und 7 Uhr nachm. für andere Sendungen.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Wenn Schleichhändler Glück haben! Im vorigen Jahre ist der Inhaber des Wein-Restaurants „Zur Traube", Thomas Stute, wegen im Jahre 1919 begangenen Schleichhandels mit großen Mengen Schweine- und Rindfleisch von der Strafkammer zu einer Geldstrafe von 50 000 Mark verurteilt worden. Das Oberlandesgericht hat aus Rechtsgründen das Urteil aufgehoben und die Sache zur nochmaligen Verhandlung an das Landgericht zurückverwiesen. In der jetzigen neuen Verhandlung war das Gericht gezwungen, das Verfahren unter Verurteilung der Staatskasse in die Kosten gegen Stute einzustellen, auf Grund des Gesetzes vom 18. Dezember 1920, wonach Bestrafungen wegen der bisherigen noch nicht rechtskräftig abgewickelten Zuwiderhandlungen gegen Strafvorschriften, die zum Schutze einer Verkehrsregelung erlassen sind, nicht mehr stattfinden, soweit die Verkehrsregelung, im vorliegenden Falle für Fleisch, aufgehoben ist.

Hamburg. Unionisten und Vereinigte Kommunisten. In einer öffentlichen Versammlung gab der Unionist Wolfheim folgendes Urteil über die Vereinigten Kommunisten ab: „Für die A. A.-U. gibt es kein Kompromiß mit Moskau. Wir wollen nicht einer Partei des Führertums, wie es die SPD. auch war, angehören, und den Zentralismus unter einer anderen Maske fördern. Haben wir schon immer die SPD. abgelehnt, so ist die VKPD. noch viel weniger geeignet, Sympathie zu erwecken. Ihr Zentralismus macht den Menschen noch viel mehr zum Stimmvieh, Beitragszahler und letzten Endes zu Kanonenfutter (siehe Rußland). Hinter dieser kommunistischen Partei steht nichts anderes als eine üble Radaupropaganda mit Gewaltphrasen, die nur alte dumme Tiraden sind. Diese Partei, die nur mit anderen Mitteln den Zentralismus züchtet, diese Partei zu organisieren, ist das größte Verbrechen. So ungefähr redete Herr Wolfheim, er sprach aber noch weiter von einem Konkurrenzkampf der Kommunisten in den Gewerkschaften, von der „sogenannten" 3. Internationale, deren Revolutionspropaganda konterrevolutionär sei, und anderen schönen Sächelchen mehr. — Einer sucht den andern im Radikalismus zu übertrumpfen, wobei sie die harten Tatsachen vollkommen übersehen und nur zum Schaden der Arbeiterschaft die geheimen Wünsche der Reaktion der Erfüllung näher bringen.

Kiel. Eine wichtige Bestimmung für Reichstagswähler sei in Erinnerung gebracht. Sie lautet: „Wer am 6. Juni 1920 in den Wahlkreisen 1 (Ostpreußen) oder 14 (Schleswig-Holstein) gewohnt hat und nach diesem Tage seinen Wohnort an einen Ort außerhalb dieser Wahlkreise verlegt hat, kann sich in die Wählerliste oder Wahlkartei seines Wohnortes vom 6. Juni 1920 eintragen lassen. Auf Grund dieses Eintrages ist er berechtigt, an dem Wohnort vom 6. Juni 1920 seine Stimme abzugeben oder sich einen Wahlschein ausstellen lassen. Auf Grund dieses Eintrages ist er berechtigt, an dem Wohnort vom 6. Juni 1920 seine Stimme abzugeben oder sich einen Wahlschein ausstellen lassen und auf Grund dieses Wahlscheines an einem beliebigen Ort der Wahlkreise 1 oder 14 zu wählen."

Die Orgesch-Hubertus-Garde in Mecklenburg.

Schwerin, 17. Januar 1921.

Noch in den letzten Tagen vor dem Regierungskonflikt häuften sich die Nachrichten über die Besetzung der Güter mit „Hubertus"-Jüngern. Wir wissen aus den Verhandlungen im Orgesch-Ausschuß, daß diese vom Heimatdienst und der mit ihm in Verbindung stehenden — vielleicht besser gesagt: der Orgesch untergeordneten Arbeitsgemeinschaftler hauptsächlich zu Umsturzzwecken dienen sollen. Wir wissen, daß diese Besetzung der Güter militärisch organisiert ist, daß sie unter Kommando von Offizieren stehen. In der letzten Sitzung des Orgesch-Ausschusses wurde von sozialdemokratischer Seite u. a. auf die Tatsache verwiesen, daß die Hubertusleute von der übrigen Bevölkerung streng getrennt gehalten werden. Selbst von dem übrigen Arbeitspersonal werden sie isoliert soweit wie irgend angängig. Ja, wie Hubertusmannschaften, die, wie ihr Kommandeur, der schwedische Hauptmann Löwenmark als Zeuge zugegeben hat, verpflichtet sind, bei Strafe sofortiger Entlassung Streikbrecherdienste zu verrichten, und dauernd seiner Kontrolle unterstehen, werden sogar von den Offizieren, denen sie unterstellt sind, nach der Kirche geführt! Ganz als wenn sie in der Kaserne wären.

Daß die Leute, die nicht parieren, sofort entlassen werden, hat der famose Herr Löwenmark mit brutaler Offenheit im Ausschuß zugegeben. Das war selbstverständlich. Daß er Wort hält, geht aus folgender Darstellung hervor, die uns von einigen Leuten gegeben wurde, die bei Entlassung aus dem Militärverhältnis die ihnen durch die „Wohlfahrtsstelle für Entlassene" in Potsdam vom „Heimatdienst" angebotene Arbeitsgelegenheit angenommen hatten. Sie schreiben über ihre Erfahrungen:

„Wir wurden von der Wohlfahrtsstelle für Entlassene in Potsdam, Hohewegstr. 7, in einem Trupp von zirka 30 Personen, unter Führung eines entlassenen Feldwebels nach Wismar geschickt. In Wismar angekommen, wurden wir Unterzeichnete in Kommandos von etwa 5 Personen auf die Güter verschickt. Wir kamen nach Damekow. Der Leutnant Homeyer, Leiter des dortigen Kreises, erklärte uns, daß wir der Arbeitsgemeinschaft Huertus angehören und einen Stundenlohn von 2.05 Mark erhalten. Davon mußten wir täglich 4.75 Mark für Verpflegung und Unterkunft bezahlen. Von der Arbeitsgemeinschaft sollten wir soviel Zuschuß erhalten, daß wir ein Monatsgehalt von 360 Mark Bargeld hätten. Im Falle eines Landarbeiterstreiks sollten wir weiter arbeiten und die Befehle des Leutnants Homeyer abwarten. In den Arbeiterlokalen, wo eventl. Sozialdemokraten verkehren, wurden uns verboten. Dem Landarbeiterverband durften wir nicht angehören. Die Vorgesetzten wie auch selbst den Gutsbesitzer sollten wir als militärische Vorgesetzte anerkennen. Vom 1. Januar 1921 sollte ein Vertrag unterzeichnet werden, der auf 1 Jahr lauten soll, mit 14tägiger Kündigung. Es sollte hierin enthalten sein, daß jeder Arbeiter, der solchen Vertrag erhält, jeden Monat 15 Mark an die Arbeitsgemeinschaft Hubertus abzuführen hätte. Wer sich diesen nicht unterwerfen wolle, solle entlassen werden. Als Personen, die uns als Leiter der Hubertus-Gemeinschaft bekannt sind, wurden uns bezeichnet: Hauptmann Löwenmark, Leutnant Homeyer. Der Grund der Entlassung wurde uns nicht mitgeteilt. Hauptmann Löwenmark ließ uns auf dem Bahnhof in Wismar eine Fahrkarte nach Berlin 4. Klasse aushändigen. Wir vermuten als Grund der Entlassung: nicht richtige Gesinnung für Herrn Hauptmann Löwenmark. Es wurde uns im Vertrauen erzählt, daß wir der Roßbachtruppe angehören."

All diese empörenden, der Verfassung, dem Koalitionsrecht und den Bestimmungen für Arbeitsvermittlung widersprechenden Vorgänge spielten sich unter den Augen der Regierung Reincke-Bloch ab, ohne daß sie sich veranlaßt sah, einzuschreiten!

Romeo und Julia auf dem Dorfe.

Erzählung von Gottfried Keller.

8. Fortsetzung.

Die nächsten Tage war es schon eine härtere Arbeit, zu welcher Mannsleute gehörten, als Manz die Steine aufnehmen und wegfahren ließ. Es wollte kein Ende nehmen, und alle Steine der Welt schienen da beisammen zu sein. Er ließ sie aber nicht ganz vo mFelde wegbringen, sondern jede Fuhre auf jenem streitigen Dreiecke abwerfen, welches von Marti schon säuberlich umgepflügt war. Er hatte vorher einen geraden Strich gezogen als Grenzscheide und belastete nun dies Fleckchen Erde mit allen Steinen, welche beide Männer seit unvordenklichen Zeiten herübergeworfen, so daß eine gewaltige Pyramide entstand, die wegzubringen sein Gegner bleiben lassen würde, dachte er. Marti hatte dies am wenigsten erwartet; er glaubte, der andere werde nach alter Weise mit dem Pfluge zu Werke gehen wollen, und hatte daher abgewartet, bis er ihn als Pflüger ausziehen sähe. Erst als die Sache schon beinahe fertig, hörte er von dem schönen Denkmal, welches Manz da errichtet, rannte voll Wut hinaus, sah die Bescherung, rannte zurück und holte den Gemeindehauptmann, um vorläufig gegen den Steinhaufen zu protestieren und den Fleck gerichtlich in Beschlag nehmen zu lassen, und von diesem Tage an lagen die zwei Bauern im Prozeß miteinander und ruhten nicht, ehe sie beide zu Grunde gerichtet waren.

Die Gedanken der sonst so wohlweisen Männer waren nun so kurz geschnitten wie Häcksel; der beschränkteste Rechtssinn von der Welt erfüllte jeden von ihnen, indem keiner begreifen konnte noch wollte, wie der andere so offenbar unrechtmäßig und willkürlich den fraglichen unbedeutenden Aderzipfel an sich reißen könne. Bei Manz kam noch ein wunderbarer Sinn für Symetrie und parallelen Linien hinzu, und er fühlte sich wahrhaft gekränkt durch den aberwitzigen Eigensinn, mit welchem Marti auf dem Dasein des unsinnigsten und mutwilligsten Schnörkels beharrte. Beide aber trafen zusammen in der Ueberzeugung, daß der andere, den anderen so frech und plump übervorteilend, ihn notwendig für einen verächtlichen Dummkopf halten müsse, da man dergleichen etwa einem armen halbtoten Teufel, nicht aber einem aufrechten, klugen und wehrhaften Manne gegenüber sich erlauben könne, und jeder sah sich in seiner wunderlichen Ehre gekränkt und gab sich rückhaltslos der Leidenschaft des Streites und dem daraus folgenden Verfalle hin, und ihr Leben glich fortan der trübseligen Qual zweier Verdammten, welche, auf einem schmalen Boote einen dunklen Strom hinabtreibend, sich bekehden, in die Luft hauen und sich selber anpacken und vernichten, in der Meinung, sie hätten ihr Unglück gefaßt. Da sie eine faule Sache hatten, so gerieten beide in die allerschlimmsten Hände von Tausendkünstlern, welche ihre verdorbene Phantasie auftrieben zu ungeheuren Blasen, die mit den nichtsnutzigsten Dingen angefüllt wurden. Vorzüglich waren es die Spekulanten aus der Stadt Seldwyla, welchen dieser Handel ein gefundenes Essen war, und bald hatte jeder der Streitenden einen Anhang von Unterhändlern, Zuträgern und Ratgebern hinter sich, die alles bare Geld auf hundert Wegen abzuziehen wußten. Denn das Fleckchen Erde mit dem Steinhaufen darüber, auf welchem bereits wieder ein Wald von Nesseln und Disteln blühte, war nur noch der erste Keim oder der Grundstein einer verworrenen Geschichte und Lebensweise, in welcher die zwei Fünfzigjährigen noch neue Gewohnheiten und Sitten, Grundsätze und Hoffnungen annahmen, als sie bisher geübt. Je mehr Geld sie verloren, desto sehnsüchtiger wünschten sie, welches zu haben, und je weniger sie besaßen, desto hartnäckiger dachten sie reich zu werden und es dem andern zuvorzutun. Sie ließen sich zu jedem Schwindel verleiten und setzten auch jahraus jahrein in alle fremden Lotterien, deren Lose massenhaft in Seldwyla zirkulierten. Aber nie bekamen sie einen Taler Gewinn zu Gesicht sondern hörten nur immer vom Gewinnen anderer Leute und wie sie selber beinahe gewonnen hätten, indessen diese Leidenschaft ein regelmäßiger Geldabfluß für sie war. Bisweilen machten sich die Seldwyler den Spaß, beide Bauern, ohne ihr Wissen, am gleichen Lose teilnehmen zu lassen, so daß beide die Hoffnung auf Unterdrückung und Vernichtung des andern auf ein und dasselbe Los setzten. Sie brachten die Hälfte ihrer Zeit in der Stadt zu, wo jeder in einer Spelunke sein Hauptquartier hatte, sich den Kopf heißmachen und in den lächerlichsten Ausgaben und einem elenden und unmeschickten Schlemmen verleiten ließ, bei welchem ihm heimlich doch selber das Herz blutete, also daß beide, welche eigentlich nur in diesem Hader lebten, um für keine Dummköpfe zu gelten, nun solche von der besten Sorte darstellten und von jedermann dafür angesehen wurden. Die andere Hälfte der Zeit lagen sie verdrossen zu Hause oder gingen ihrer Arbeit nach, wobei sie dann durch ein tolles, böses Ueberhasten und Treiben das Versäumte einzuholen suchten und damit jeden ordentlichen und zuverlässigen Arbeiter verscheuchten. So ging es gewaltig rückwärts mit ihnen, und ehe zehn Jahre vorüber, steckten sie beide von Grund aus in Schulden und standen wie die Stärche auf einem Beine auf der Schwelle ihrer Besitztümer, von der jeder Lufthauch sie herunterwehte. Aber wie es ihnen auch erging, der Haß zwischen ihnen wurde täglich größer, da jeder den andern als den Urheber seines Unglückes betrachtete, als seinen Erbfeind und unvernünftigen Widersacher, den der Teufel absichtlich in die Welt gesetzt habe, um ihn zu verderben. Sie spien aus, wenn sie sich nur von weitem sahen; kein Glied ihres Hauses durfte mit Frau, Kind oder Gesinde des andern ein Wort sprechen, bei Vermeidung der gröbsten Mißhandlung. Ihre Weiber verhielten sich verschieden bei dieser Verarmung und Verschlechterung des ganzen Wesens. Die Frau des Marti, welche von guter Art war, hielt den Verfall nicht aus, härmte sich ab und starb, ehe ihre Tochter vierzehn Jahre alt war. Die Frau des Manz hingegen bequemte sich der veränderten Lebensweise an, und um sich als eine schlechte Genossin zu entfalten, hatte sie nichts zu tun, als einigen weiblichen Fehlern, die ihr von jeher angehaftet, den Zügel schießen zu lassen und dieselben zu Lastern auszubilden. Ihre Naschhaftigkeit wurde zu wilder Begehrlichkeit, ihre Zungenfertigkeit zu einem grundfalschen und verlogenen Schmeichel- und Verleumdungswesen, mit welchem sie jeden Augenblick das Gegenteil von dem sagte, was sie dachte, alles hintereinander hetzte und ihrem eigenen Manne ein X für ein U vormachte; ihre ursprüngliche Offenheit, mit der sie sich der unschuldigen Plauderei erfreut, ward nun zur abgehärteten Schamlosigkeit, mit der sie jenes falsche Wesen betrieb, und so, statt unter ihrem Manne zu leiden, drehte sie ihm eine Nase; wenn er es arg trieb, so machte sie es bunt, ließ sich nichts abgehen und gedieh zu der dicksten Blüte einer Vorsteherin des zerfallenden Hauses.

So war es nun schlimm bestellt um die armen Kinder, welche weder eine gute Hoffnung für ihre Zukunft fassen konnten, noch sich auch nur einer lieblich frohen Jugend erfreuten, da überall nichts als Zank und Sorge war. Vrenchen hatte anscheinend einen schlimmeren Stand als Sali, da seine Mutter tot und es einsam in einem wüsten Hause der Tyrannei eines verwilderten Vaters anheimgegeben war. Als es sechzehn Jahre zählte, war es schon ein schlank gewachsenes, zierliches Mädchen; seine dunkelbraunen Haare ringelten sich unablässig fast bis über die blitzenden, braunen Augen, dunkelrotes Blut durchschimmerte die Wangen des bräunlichen Gesichtes und glänzte als tiefer Purpur auf den frischen Lippen, wie man es selten sah und was dem dunklen Kinde ein eigentümliches Ansehen und glänzte als tiefer Purpur auf den frischen Lippen, wie man es selten sah und was dem dunklen Kinde ein eigentümliches Ansehen und Kennzeichen gab. Feurige Lebenslust und Fröhlichkeit zitterte in jeder Fiber dieses Wesens; es lachte, war aufgelegt zu Scherz und Spiel, wenn das Wetter nur im mindesten lieblich war, d. h. wenn es nicht zu sehr geregnet wurde und nicht zu viel Sorgen ausstand. Diese plagten es aber häufig genug; denn nicht nur hatte es den Kummer und das wachsende Elend des Hauses mit zu tragen, sondern es mußte auch sich selber in acht nehmen und mochte sich gern halbwegs ordentlich und reinlich kleiden, ohne daß der Vater ihm die geringsten Mittel dazu geben wollte. So hatte Vrenchen die größte

Arbeiterbewegung.

Protest der Bergarbeiter gegen die höheren Kohlenlieferungen an die Entente. Der fast 500 000 Mitglieder zählende Verband der Bergarbeiter Deutschlands nahm einstimmig folgende Entschließung an: Die am 15. Januar zu Berlin tagende Konferenz des Gesamtvorstandes und Bezirksvertretungen des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands macht die der Bergarbeiterinternationale angehörenden Bergarbeiterverbände in Frankreich, Belgien und Großbritannien sowie den Leiter der Gewerkschaftsinternationale Amsterdam dringend aufmerksam, daß nach Ablauf des Abkommens von Spaa über die Kohlenlieferungen Deutschlands von uns eine noch höhere Lieferung gefordert wird und außerdem die 5-Goldmarkprämie nicht mehr gezahlt werden soll. Dagegen müssen wir entschieden protestieren. Der Kohlenmangel Deutschlands ist jetzt weit größer als der der anderen großen Industriestaaten. Die Erfüllung des Spaa-Abkommens war nur möglich durch die ausgedehnte Ueberschichtarbeit der deutschen Bergarbeiter. Diese arbeiten heute mehr Stunden wöchentlich, als nach Beschluß der internationalen Arbeitskonferenz in Washington zulässig ist. Der gefährdete Gesundheitszustand der Bergarbeiter verlangt gebieterisch einen Abbau der Ueberschichten, während von uns noch höhere Kohlenlieferungen gefordert werden. Der Fortfall der 5-Goldmarkprämie, womit die Verbesserung der Ernährung der Bergarbeiter bezahlt wird, würde ihren Gesundheitszustand derart verschlechtern, daß ein unabsehbarer Rückgang der Leistungsfähigkeit einträte. Ohnehin müssen wir die Spaa-Kohlen zu Preisen liefern, die tief unter den Weltmarktpreisen liegen. Dadurch entstanden der deutschen Volkswirtschaft schon Milliardenverluste. Wir bitten die Kameraden in der Bergarbeiter- und in der großen Gewerkschaftsinternationale, uns energisch zu unterstützen in dem Bemühen, zu einem Kohlenabkommen zu kommen, das die deutsche Bergarbeiterschaft nicht noch stärker belastet, sondern human entlastet und der deutschen Volkswirtschaft eine Lebensmöglichkeit gibt.

Schwarze Listen der Agrarier? Die „Unabhängige Volkszeitung" veröffentlicht folgendes Rundschreiben des Verbandes sächsischer Landwirte:

Borna, den 28. Dez. 1920.

Land- und forstwirtschaftlicher Verband.
Rundschreiben Nr. 33.

Eilt sehr! Streng vertraulich!

An die Herren Vertrauensmänner und die größeren Güter des Bezirks

Der Verband sächsischer Landwirte schreibt uns:

Wir bitten umgehend um Uebersendung der Namen und Adressen der Vertrauensleute der Arbeiterorganisationen auf den mittleren und größeren Gütern. Es ist dringend erforderlich, daß wir in den allernächsten Tagen in den Besitz der Angaben gelangen.

Verband Sächsischer Landwirte.
Ausschuß für Arbeiterinteressen.

Die gleichen Unterlagen brauchen wir ebenso notwendig für die Bezirksorganisationen mit der weiteren Ausdehnung, daß wir diese auch von den Vertrauensleuten der Dörfer gebrauchen. Wir sehen umgehend einem Bericht mit der Bitte, genaue Ausfüllung und umgehende Rücksendung derselben an unsere Adresse nach hier.

Mit deutschem Gruß!
Land- und forstwirtschaftlicher Verband i. A. Bez. d. K.-H. Borna. [illegible] die Geschäftsführung gez. Dangel.

Zu was braucht die agrarische Organisation diese Adressen? [illegible] „Streng vertraulich" [illegible]

Die Mitterin vor dem Gewerbegericht. Ende Oktober 1920 [illegible]

Die Stillegung der Ludwig Loewe-Werke in Berlin hat Freitag den Schlichtungsausschuß beschäftigt. In der einstimmig gefaßten Erklärung wird erklärt, daß die Ordnung des Betriebes durch die bekannten Vorgänge und durch das Verhalten des Betriebsrates, der wegen der Forderungen der Kurzarbeiter eine Entscheidung des Schlichtungsausschusses hätte herbeiführen müssen, beeinträchtigt worden sei, und daß die Betriebsleitung sich dadurch zur Schließung des Werkes berechtigt halten konnte. Der Schlichtungsausschuß empfiehlt jedoch der Ludwig Loewe-A.-G. innerhalb eines Zeitraumes von zwei Wochen den Betrieb unter den gleichen Bedingungen wie zuvor wieder aufzunehmen. Die Betriebsleitung hat das Recht, Arbeitern, die sich gegen die Ordnung schwer vergangen haben, die Wiedereinstellung zu verweigern.

Verleumdungen gegen die Betriebsräte der Straßenbahnen gehen in letzter Zeit durch die ganze bürgerliche Presse. Augenblicklich wird der Betriebsrat der Berliner Straßenbahnen moralisch „hingerichtet". Es wird u. a. behauptet, daß 40 Betriebsräte vorhanden sind, von denen keiner unter 15 000 Mark, also im ganzen jährlich 600 000 Mark, verdient und die alle von der Arbeit befreit sind, weil sie ständig über die Schaffung neuer „Gesetze" beraten und „im Verband tätig sein müssen". Weiter heißt es wörtlich:

„Zu diesen Betriebsräten gesellen sich 200 Vertrauensmänner, Funktionäre, Obleute u. a., die wöchentlich während des Dienstes stundenlange Sitzungen abhalten, Sozialisierungskommissionen, Wirtschaftsausschüsse gebildet haben, an Schiedsgerichten und anderen Veranstaltungen teilnehmen, den Betrieb „kontrollieren" und den Drang in sich verspüren, über Reformen in ihrem Interesse, wie z. B. die schleunigste „Verjüngung der Direktion", Pläne und Anträge zu schmieden. Heute liegen die Dinge nach Ansicht maßgebender (? Red.) Personen und Sachverständigen so, daß von einer Verwaltung der Straßenbahn eigentlich nicht mehr gesprochen werden kann, wohl aber von einer Diktatur der Räte . . ."

In Wahrheit ist die Wahl der Betriebsräte natürlich nach den gesetzlichen Vorschriften und dem Verfahren, wie es bei dem Berliner Magistrat üblich ist, vorgenommen worden. Daß die Räte der Straßenbahner Rechte haben, die über den gesetzlichen Rahmen hinausgehen, haben sie einmal ihrer Organisation, dem Transportarbeiterverband, zu danken und dann der sozialen Einsicht des Berliner Magistrats, der besser als die Schleifsteindreher begriffen hat, daß das Betriebsrätegesetz nur ein Rahmengesetz ist, das Mindestrechte für die Arbeiter geschaffen hat. Selbstverständlich ist es eine Lüge, daß sämtliche Betriebsräte von der Arbeit befreit sind. Die gewissermaßen als Gesamtbetriebsrat amtierende Körperschaft besteht aus dreißig Personen, von denen aber nur fünf von der Arbeit befreit sind. Daß das für eine Belegschaft von 22 000 Personen, die sich auf 35 Bahnhöfen, 18 [illegible], 6 [illegible]abteilungen, 6 Wachstationen der [illegible] und die Hauptwerkstatt mit 1400 Arbeitern verteilen, nicht zu viel ist, wird jeder begreifen, der nicht [illegible], um so mehr als diese Stationen durchweg außerhalb der Peripherie der großen Stadt liegen. Auf den einzelnen Bahnhöfen nimmt ein Obmann die Interessen der Arbeiter wahr. In den Freistunden macht er Dienst und ist später [illegible] nach einzuspringen, wenn Not am Mann ist. Diese Reform ist nicht etwa für den Obmann geschaffen, sondern ist schon lange erforderlich gewesen.

Der Vorwurf, daß Privatarbeiten für eigene Rechnung der Arbeiter gemacht werden, ist wohl nichts als eine Retourkutsche. Der Betriebsrat hat dem Magistrat und den Stadtverordneten eine Denkschrift zugehen lassen, worin zugegeben wird, daß Privatarbeiten gemacht werden, aber für die Direktoren. Der Rücktritt der [illegible] ändert nichts an der Tatsache, daß die Stadtverordneten eine Kommission einsetzten, die die Anklagen des Betriebsrats zu prüfen hat. Die Aufregung der bürgerlichen Presse scheint also den Zweck zu haben, den [illegible] Tatbestand zu [illegible]. Die Vorwürfe gegen den Betriebsrat sind nichts als ein [illegible]. Wir begnügen uns vorläufig mit dieser Zurückweisung und wollen abwarten, was die Kommission feststellen wird. Jedenfalls ist aber der Betriebsrat der Berliner Straßenbahnen jederzeit bereit, über seine Tätigkeit Rechenschaft abzulegen.

Ein Riesen-Einfuhrschwindel.

Das Landespolizeiamt beim Ministerium des Innern in Berlin deckte, wie „W. T.-B." meldet, dieser Tage einen Einfuhrschwindel ungeheuren Maßstabes auf. Die Deutschamerikanerin Miß Virginie Noll erweckte bei hohen Beamten von den Reichseinfuhrbehörden den Irrtum, daß sie amerikanische, durch [illegible] gesammelte, unbeschränkte Geldmittel für die Aufbesserung der Ernährungsverhältnisse Deutschlands zur Verfügung habe. Für dieses Geld sollten Lebensmittel im Auslande aufgekauft und als Liebesgaben unentgeltlich verteilt werden. Auf Grund der Angaben wurde ihr die Einfuhrgenehmigung für etwa hundert Waggons Lebensmittel, Tabak usw. erteilt, deren Wert in die Millionen gehen. Auch wurde dafür größtenteils Zollfreiheit gewährt. Es handelt sich aber um eine gewöhnliche Lebensmittelschiebung. Die Geldgeberin war zunächst eine Schweizer Importfirma Wafer & Sohn in St. Gallen, deren Inhaber bei der hiesigen Commerz- und Privat-Bank ein Konto hatte. Später trat diese Bank als Geldgeberin selbst in Erscheinung. Den Ankauf besorgte eine Kopenhagener Firma L. Hirschfeld & Co. in Brüssel und Antwerpen. Den Vertrieb in Deutschland hat deren Vertreter Kaufmann Mautner aus Wilmersdorf. Miß Noll trat mit Hirschfeld und Mautner als Vertretern der „Wirtschaftshilfe, amerikanischer Unterstützungsverein, Sitz Berlin", auf. Die Wirtschaftshilfe errichtete in der Ein- und Ausfuhrüberwachungsbehörde mit deren Genehmigung sogar eine Küche für die tausend Angestellten und veranstaltete für diese eine Weihnachtsfeier. Beamte des Landespolizeiamtes kamen endlich auf die Spur der Schwindler. Es war gerade noch Zeit, den Reichsfiskus vor schwerem Schaden zu bewahren, denn von hundert für die Einfuhr freigegebenen Waggons waren zunächst etwa dreißig über die Grenze gekommen. Bezüglich der anderen wurde die Einfuhr sofort gesperrt und die bereits in Berlin auf Lager befindlichen Waren beschlagnahmt, ebenso die Bankkonten der beteiligten Personen. Die Ermittlungen dürften einen großen Umfang annehmen. Zunächst sind Miß Noll und Kaufmann Mautner in Untersuchungshaft genommen worden.

Reich und Ausland.

Berliner Razzien. In der Nacht zum Sonnabend wurde in Berlin mit einem großen Aufgebot von Schutzleuten und Kriminalpolizei auf dem Stettiner Bahnhof und dem Bahnhof Friedrichstraße wiederholte Razzien veranstaltet. Dabei wurden über 300 Personen verhaftet, die sich nicht ausweisen konnten und unter denen sich zahlreiche, lange gesuchte Verbrecher befanden.

Rattenpest. Auf einem Dampfer, der kürzlich aus Brasilien in Stockholm angekommen ist, wurde die Rattenpest festgestellt.

Theater und Musik.

Kammerspiele des Stadttheaters. Ein Wunsch, der schon längst von allen Freunden unseres Theaters und Liebhabern der neueren Literatur gehegt wurde, geht in den nächsten Tagen seiner Verwirklichung entgegen. Am 28. Januar werden in dem „Intimen Theater" im Fünfhausen, das nach kaum einjährigem Bestand zusammengebrochen ist, die „Kammerspiele des Stadttheaters" eröffnet werden. Es handelt sich zunächst nur um einen Versuch. Falls die Kammerspiele beim Publikum nicht die genügende Beachtung finden, kann schnell Kurzschluß gemacht werden, da der Vertrag, den das Stadttheater mit dem jetzigen Besitzer des Grundstückes, einem auswärtigen Lederfabrikanten, abgeschlossen hat, eine 14tägige Kündigungsfrist vorsieht. Selbst wenn der Erfolg ausbleiben sollte, kann also ein großer Verlust nicht entstehen. Einer der wesentlichsten Mängel des früheren Intimen Theaters bestand darin, daß die Besucher zu eng aufeinander hockten. Man hat sich damit geholfen, daß man einige 60 Sitze eingezogen hat, so daß das Theater jetzt nur noch 34[illegible] Personen faßt. In den Kammerspielen wird nicht alltäglich gespielt werden, sondern nur dann, wenn im Stadttheater eine Oper gegeben wird. Einer der Gründe, die vornehmlich zur Errichtung der Kammerspiele geführt haben, ist darin zu suchen, daß man hofft, auf diese Weise am besten eine Vollkommnung des städtischen Schauspiels zu erzielen. Heute ist ganz unfraglich das Herrenpersonal im Schauspiel zu gering. Es umfaßt nur 11 Solokräfte, während man 15 als Mindestmaß ansehen darf. Infolgedessen ist die Besetzung von Dramen, die ein zahlreiches Personal erfordern, immer mit großen Schwierigkeiten verknüpft. Das hat sich ganz besonders bei Hebbels „Nibelungen" gezeigt und wird noch mehr in Erscheinung treten, wenn man, wie in Aussicht genommen ist, daran geht, den zweiten Teil von „Faust" herauszubringen, der über 100 einzelne Rollen hat. Da kann schon die Vermehrung des männlichen Schauspiel-Personals von entscheidender Bedeutung sein. Bei den Damen, heute 11, tritt die Lücke weniger fühlbar in Erscheinung, weil an und für sich die Zahl der Damen in den Schauspielen verhältnismäßig mäßig zu sein pflegt. Immerhin gibt es auch da Besetzungsschwierigkeiten. So fehlt unserem Schauspiel heute eine Dame, der z. B. die Rollen zugewiesen werden könnten, die zwischen der Heldenmutter und der komischen Alten liegen. Aus diesem Grunde vermag z. B. Goethes „Egmont" nicht so aufgeführt werden, wie es wünschenswert wäre, weil wir keine geeignete Vertreterin für Klärchens Mutter haben. Alle diese Schwierigkeiten können behoben werden, sobald der Personalbestand im Schauspiel eine geringe Vermehrung erfährt. Das wird sich aber bei Einrichtung der Kammerspiele unschwer erreichen lassen. Früher war das Schauspiel das Stiefkind unseres Theaters. Es brachte zwar an sich verhältnismäßig mehr Geld ein, als die Oper, weil der Aufwand weniger groß ist, wurde aber weniger besucht. Darin ist nun allerdings in letzter Zeit eine recht erfreuliche Besserung eingetreten. Die Zahl derjenigen, die das Schauspiel als Kulturfaktor schätzen, ist in zunehmendem Steigen begriffen. Im letzten Jahre ist sogar das Schauspiel so gut besucht worden, daß die Einnahmen, die damit erzielt wurden, fast denen aus der Oper gleich sind. Das Wesen der Kammerspiele bringt es mit sich, daß im Spielplan besonders die moderne Literatur berücksichtigt werden soll. Auch werden Stücke zur Aufführung gelangen können, die sich mit der Aufgabe des Stadttheaters als Kulturtheater nicht so recht

---

[illegible] Salli [illegible]

[illegible] seine eigene Jugend [illegible]. Zum dieser Freiheit, welche Salli genoß, [illegible] Rechtes [illegible]

Der einzige Zwang, dem er unterworfen, war die Feindschaft seines [illegible] gegen alles, was Manz [illegible] Marti [illegible]

Doch war sein Vater Manz nun der erste von den beiden [illegible]

seiner Habe in eine Stadt zieht und da eine Schenke oder Kneipe aufsucht, um als letzten Rettungsanker den freundlichen und gewandten Wirt zu machen, während es ihm nichts weniger als freundlich zu Mute ist. Als die Manzen vom Hofe zogen, sah man erst, wie arm sie bereits waren; denn sie luden lauter alten und zerfallenden Hausrat auf, dem man es ansah, daß seit vielen Jahren nichts erneuert und angeschafft worden war. Die Frau legte aber nichts desto minder ihren besten Staat an, als sie sich oben auf die Gerümpelfuhre setzte, und machte ein Gesicht voller Hoffnungen, als künftige Stadtfrau schon mit Verachtung auf die Dorfgenossen herabsehend, welche voll Mitleid hinter den Hecken hervor dem bedenklichen Zuge zuschauten. Denn sie nahm sich vor, mit ihrer Liebenswürdigkeit und Klugheit die ganze Stadt zu bezaubern, und was ihr verkümpelter Mann nicht machen könne, das wolle sie schon ausrichten, wenn sie nur erst einmal als Frau Wirtin in einem stattlichen Gasthofe säße. Dieser Gasthof bestand aber in einer trübseligen Winkelschenke in einem abgelegenen, schmalen Gäßchen, auf der eben ein anderer zu Grunde gegangen war, und welche die Seldwyler dem Manz verpachteten, da er noch einige hundert Taler einzuziehen hatte. Sie verkauften ihm auch ein paar Fäßchen angemachten Weines und das Wirtschaftsmobiliar, das aus einem Dutzend weißen geringen Flaschen, ebensoviel Gläsern und einigen tannenen Tischen und Bänken bestand, welche einst blutrot angestrichen gewesen und jetzt vielfältig abgescheuert waren. Vor dem Fenster knarrte ein eiserner Reifen in einem Haken, und in dem Reifen schenkte eine blecherne Hand Rotwein aus einem Schöppchen in ein Glas. Überdies hing ein verdorrter Busch von Stechpalme über der Haustüre, was Manz alles mit in die Pacht bekam. Um deswillen war er nicht so wohlgemut wie seine Frau, sondern trieb mit schlimmer Ahnung und voll Ingrimm die mageren Pferde an, welche er vom neuen Bauern geliehen. Das letzte schäbige Knechtchen, das er gehabt, hatte ihn schon seit einigen Wochen verlassen. Als er solchergestalt abfuhr, sah er wohl, wie Marti voll Hohn und Schadenfreude sich unfern der Straße zu schaffen machte, fluchte ihm und hielt denselben für den alleinigen Urheber seines Unglückes. Sali aber, sobald das Fuhrwerk im Gange war, beschleunigte seine Schritte, eilte voraus und ging allein auf Seitenwegen nach der Stadt.

(Fortsetzung folgt.)

vertragen, weil sie vielleicht zu frei oder gar zu gepfeffert sind. Als Eröffnung soll Forster-Larringas Schicksalsgroteske „Der Floh im Panzerhaus“ gegeben werden. Weiter sind noch, wie wir erfahren, „Anatol“ von Schnitzler, „Flamme“ von Hans Müller, „Kuhhandel“ von Essig, „Casanovas Sohn“ von Lothar und „Motor“ von Fischer in Aussicht genommen. Auch an den beiden ausgesprochen expressionistischen Dichtern Sternheim und Kaiser wird man nicht vorübergehen. Schon daraus geht hervor, wie notwendig die Kammerspiele sind. Sie werden die Lücke schließen, die heute noch unser Theaterbetrieb aufweist. Der Schauspieler warten ganz neue Aufgaben, und das Publikum erhält Gelegenheit, sich mancherlei aus der neuesten Literatur ansehen zu können, an dem man bis jetzt aus mancherlei Gründen notgedrungen vorbeigehen mußte. Es bleibt nun abzuwarten, in wieweit sich die Kammerspiele bei dem theaterfreudigen Publikum einbürgern werden. Die Aussichten sind überaus günstig. Hoffentlich fällt kein Reif in der Frühlingsnacht, der die junge zarte Pflanze wieder knickt. -o-

Eingegangene Druckschriften.

Technik und Wirtschaftswesen im Bäcker- und Konditorengewerbe und in der Süß-, Back- und Teigwarenindustrie. Unter diesem Titel erscheint im Verlag des Zentralverbandes der Bäcker und Konditoren Deutschlands, Hamburg 1 (Besenbinderhof 57) eine Monatsschrift (Schriftleitung: Felix Weidler), die der Arbeiterschaft der betreffenden Gewerbe und Industrien ein Mittel zur Weiterbildung im Berufe und zur Erfassung aller für sie in Betracht kommenden Produktions- und Wirtschaftsfragen sein soll. Die Arbeiter sollen zur Beherrschung des Betriebes geistig reif werden. Die Zeitschrift verfolgt den Zweck, über alle Errungenschaften der modernen Technik auf dem Gebiete des Maschinen- und Apparatewesens, soweit sie mit dem Back- und Süßwarengewerbe in Verbindung stehen, zu berichten und bringt auch eingehende Untersuchungen über Ursprung und Beschaffenheit der Materialien, ebenso über ihre Verarbeitung und beobachtet weiter die Marktverhältnisse, wie überhaupt jeden wichtigen wirtschaftlichen Vorgang auf das aufmerksamste. Mitarbeiter besten Rufes aus den Kreisen der Wissenschaft und Praxis haben sich in den Dienst der Aufgabe gestellt. Die „Technik“, die stets mit guten Abbildungen ausgestattet wird, erfreut sich bereits der vollen Achtung nicht nur der Berufsarbeiter; auch die Unternehmer konnten dem Blatte ihre Anerkennung nicht versagen. Das einzelne Heft kostet 1,50 Mk.

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsort	Fahrzeit Tage	Std.
		Angekommen am 15. Januar:				
	S.	Katharina	Hartmann	Kopenhagen		
	S.	Hermann	Lau	Kristiansund	28	
		Angekommen am 16. Januar.				
	S.	Minna	Kagel	Helsingborg	6	
D.		Anders	Johannson	Marstrand		82
D.		Carl Markmann	Weinreich	Gestemünde	1	
D.		Bremen	Möller	Helsingborg	1½	
	S.	Unterwesen	Springer	„	1½	
	S.	„	Schlenbeck	„	1½	
		Angekommen am 17. Januar.				
D.		Bose	Baumgarten	Swinemünde	1	
	S.	Wohlstorf	Dahmke	„	1	
	S.	Contrawind Volksdorf	Rolfs	Stettin	1	
D.		Condor	Schumann	Bremen	1½	
D.		Gothmund	Harder	See	16	
	S.	Hedwig	Lanenburg	„	10	

Handel und Industrie.

Eine Rekord-Weizenernte in Australien. Die offizielle australische Statistik schätzt den Ertrag der Weizenernte auf 55 302 000 Bushels, was einem Ertrag von 17,8 Bushels pro Acres gleich kommt. Dies ist der höchste Ertrag, der jemals in Australien erreicht worden ist.

Devisen-Kurse.

Hamburg, 15. Januar.
Amtliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.

		15. Jan.	14. Jan.
Holland	100 fl.	2222½	2272½
Kopenhagen	100 Kr.	1185	1225
Stockholm	100 Kr.	1427½	1472½
Kristiania	100 Kr.	1157	1192½
Helsingfors	100 finn. Mk.	210	218
Schweiz	100 Frs.	1047½	1072½
Wien (alt)	100 K.	—	—
do. (neu)	100 K.	12	13½
Budapest	100 K.	12	12½
Prag	100 K.	82	82
Spanien	100 Pesetas	902½	925
London	1 £	252¼	258
Paris	100 Frs.	415	424
Belgien	100 Frs.	437	444
Italien	100 Lire	240	245
Bukarest	100 Lei	—	—
N. York telegr. Ausz.	1 Doll.	67¼	68¾
do. briefl. Ausz. od. Scheck		66⅞	68⅛

Briefkasten.

Zwei Streitende. Die Verschlimmerung ist auf beide Ursachen zurückzuführen, ganz besonders aber auf den freiwilligen Tod des Sohnes.

Ausgabe von Nährmitteln für Kinder im 1.—4. Lebensjahre.

Vom Dienstag, dem 18. Januar bis einschl. Sonnabend, dem 19. Februar 1921 werden auf die Lebensmittelkarte, Abschnitt Warenkarte 803, für Kinder im 1. bis 4. Lebensjahre während der Dienststunden Breite Str. 651, Zimmer 3, Bezugsausweise für

2 Pfd. Weizengrieß z. Preise von Mk. 1.90 f. 1 Pfd.,
2 Pakete à ca. 125 gr. Keks z. Preise von Mk. 1.80 für das Paket und
2 Dosen ungezuckerte kondensierte Milch zum Preise von Mk. 10.— für 1 Dose oder
2 Dosen gezuckerte kondensierte Milch zum Preise von 10.50 für 1 Dose je nach Vorrat

ausgegeben.

Geburtsausweis, Lebensmittelkarte, sowie der Ausweis zum Bezuge von Lebensmitteln sind vorzulegen.

Die vorstehend festgesetzten Preise sind Höchstpreise im Sinne des Höchstpreisgesetzes; Ueberschreitung der Höchstpreise wird auf Grund der Verordnung gegen Preistreiberei vom 8. Mai 1918 bestraft.

Lübeck, den 17. Januar 1921. (12500

Das Landesversorgungsamt.

Bekanntmachung.

Als Vertreter der Arbeitnehmer sind zu Beisitzern des Fachausschusses für das Bäckerei- und Konditoreigewerbe ernannt

der bisherige Stellvertreter Bäckergeselle **J. Holm** an Stelle des ausgeschiedenen Bäckergesellen A. Mengel;
der Konditorgehilfe **C. Bartels** an Stelle des ausgeschiedenen Konditorgehilfen Pleme, und zu dessen Stellvertreter der Bäckergeselle **H. Puls.**

Lübeck, den 15. Januar 1921. (12533

Das Landesversorgungsamt.

Allen denen, die unserm lieben Entschlafenen die letzte Ehre erwiesen und seinen Sarg so reich mit Kränzen schmückten, sagen wir hiermit unsern tiefgefühlten Dank. (12512
A. Olk Ww. und Kinder.

E. tüchtige Näherin sucht Beschäftigung. Ang. unter B K an die Exp. d. Bl (12517

Eine Putzmacherin oder Schneiderin für Maskenanzüge zu sofort gesucht.
12520) Königstr. 57, II. r.

Suche einen (12516
Schneidergesellen
für dauernde Beschäftigung. Kost und Logis im Hause.
Schocker,
Schneidermeister,
Neustadt i. Holstein.
Rosengarten.

Wohnungstausch
Travemünde 3-Zimmer-Wohnung mit Lübeck gegen 3-Zimmer-Wohnung
12527) Kirchenstr. 9, I.

1 Küchenschr. o. Aufs. z. verk.
12507) Schönkampstr. 10.

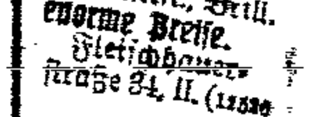
Zu verk. eine Singer-Trittnähmaschine. Zu erfragen in der Exp. d. Bl. (12528

Ein Huhn zugel. Geg. Erst. d. Unk. abzuh. (12532
Gödenstraße 15.

Flotte D.-Maskenkostüme zu verm. (12515) Blumenstr. 13, I.

Prima-Wechsel
in Block.
Zu beziehen
Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstr. 46.

Zahle d. höchsten Kurs für künstliche Gebisse, Gold- u. Silbersachen, Platin Brennstift., Brill. enorme Preise.
Fleischhauerstraße 34, II. (12536



12546
Dienstag und Mittwoch morgen
frische Seefische:
Kabeljau, Tarbutt, Schollen, Fischkarbonade, Dorsch und Lachs billigst.
frische Heringe
Pfd. 1.50 Mk.
Johannes Boy
46 Markthallenstand 47
Fernruf 8375.

Anzeigen
für kleine und auswärtige Zeitungen und Zeitschriften vermittelt zu Originalpreisen
Die Geschäftsstelle des „Lübecker Volksboten“
Johannisstraße 46.

Sozialdemokratischer Verein Lübeck.
(12530
Dienstag, den 18. Januar abends 7½ Uhr:
Mitglieder-Versammlung der Ortsgruppe Kücknitz.
Vortrag des Gen. **Weiß.**

Mittwoch, d. 19. Januar abends 7½ Uhr:
X. Distrikt.
Versammlung
in Friedrichshof, Schwartauer Allee.
1. Vortrag des Parteisekretärs Gen. **Weiß.**
2. Wahl der Distrikts- und Bezirksführer.
Der Vorstand.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlds.
Verwaltungsstelle Lübeck.
Mitglieder-Versammlung
Dienstag, 18. Januar, abends 7½ Uhr,
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
1. Abrechnung v. 4. Quart. 1920.
2. Bericht vom Ortskartell.
3. Wahl der Revisoren und Generalversammlungsvertreter und Anträge zu derselben.
4. Verschiedenes.
Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht
12521) **Die Ortsverwaltung.**

Der Schrei nach dem Recht
„Die Tragödie von Mechterstädt“
Preis Mk. 2.50.
Fr. Meyer & Co.,
Buchhandlung

Im
Inventur-Ausverkauf
zu bedeutend herabgesetzten Preisen, teils bis zur **Hälfte** des bisherigen Preises, angestaubte
Tisch- und Küchenwäsche, Herren-Tag- und Nacht-Hemden, Damen-Tag- und Nacht-Hemden, Beinkleider, Untertaillen, Frisierjacken, weiße Unterröcke, Schürzen jeder Art, Bett- und Kissenbezüge, Bettlaken, Bettdecken, Tüllbettdecken, Kinder-Wäsche und Steppdecken.
Reste von Hemdentuchen, Pikees, Leinen, Halbleinen, Züchen, Bettsatins, Bettdamasten und Bettinletts
enorm billig. (12525
Ein Posten bestes engl. **Maschinengarn** Spule 120 Y, bisheriger Preis ℳ 2.60, jetzt ℳ 1.50.
Auf alle regulären Waren 10% Rabatt.
Bettenhaus Karstadt
Holstenstrasse.

Charleville.
Dunkle Punkte aus dem Etappenleben.
Von Dr. Wilhelm Appens, Dortmund.
Mk. 1.80.
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

Gewerkschaftshaus
Europa-
Meisterschaft der Berufsringer. (12529
Heute Montag ringen:
Koplitschko, Ukraine geg. **Grunewald,** Westf.
Urbach, Köln, gegen **Pogrzeba,** Schlesien.
Winzer, Hamburg, geg. Weltmstr. **Steurs.**
Riese **Warjak,** Finnland geg. **Linz,** Braunschweig.
Vorher das gr. **Varieté.**

Schlafdecken
ca. 1180 Gramm schwer, 140×190 cm mit Borde
Gelegenheitskauf 35⁵⁰ ℳ
12519)
einschl. Porto u. Verpack.
Bostelmann & Knothe
Hamburg, Spaldingstr. 62/66

Verlobungsringe, 333, 585, 750 u. 900 gest.

Wecker-Uhren empfiehlt
Willi Westfehling,
Uhrmacher und Juwelier.
32 Holstenstraße **32**
12510

Visitenkarten
fertigt an
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Zentralhallen
Morgen Dienstag:
12523) **Kein Tanz.**

Mehrere 100 Zentner prima Ia. amerik.
Schweineschmalz
pure lard, sofort lieferbar, **äusserst billig,** frei Waggon Lübeck, Schlachthof. Für gesunde Ware wird garantiert. Mindestabnahme 1 Fierces oder Tierces.
Palm & Block,
Schlachthof. Tel. 8849.
12524

Fledermaus
8½ Uhr
(12513
Guido Herfer
und das große
Januar-Programm.

Hansa-Theater
Heute 7½ Uhr:
(Schauspielpreise).
Zum letzten Male
Großstadtkavalier
m. Gesang- u. Tanzeinlag.
Dienstag u. Mittw. (Serie II).
Gastsp. **Adolf Trimborn** in (12536
Heinrich Heines erste Liebe.
Singspiel in 3 Akten von Lindemann.

Sonder-Angebot!
Bringe einige Zentner aus den garantiert besten Rohstoffen hergestellte
Pflanzen-Margarine 12⁸⁰ ℳ
zum Verkauf. Ausnahmepreis
Lebensmittelhaus **Franz Potthast,** Hundestraße 2. (12522

Salomba-Seifenpulver
mit Salmiak-Terpentinzusatz wieder da!
1-Pfundpaket nur Mk. 4.—. 12514

Sahne
in Weißblechdosen à 16 Unzen
Dose Mk. 11,—.
Wiederverkäufer wollen Offerte einholen.
Franz Schwedt.
12508) Telephon 38 und 8460.

Stadttheater Lübeck.
Montag. **Sneewittchen.** 3 U.
Dienstag. **Sneewittchen.** 3. **Cardenio.** 7.30 Uhr. **Schft.** A u. 11. Vorst. im Schausp.-Abonnement.
Mittwoch. **Sneewittchen.** 3. **König f. einen Tag.** 7.30 U. 24. Vorst. im Mittwoch-Ab. Schft. D u. 12. Vorstellung i. Opern-Abonn. (12511
Donnerstag. **Sneewittchen.** 3 U. **Waffenschmied.** 7.30 U. 23. Vorstell. i. Donnerstag-Ab. Schft. C u. 12. Vorstell. i. Opern-Abonn.

Deutschland arbeitet.

Die Besinnung scheint zurückzukehren, und eine neue Zeit bricht an. Gehen wir den Weg weiter, so kommen wir zur Gesundheit und damit zu billigen Preisen.

In der Hoffnung hierauf

gibt der Detaillist sein Lager fort zu Preisen, die ihm kein Fabrikant heute einräumt. Nur die ungewöhnliche Lage ermöglicht die z. T. weit unter Fabrikationspreis stehenden

fabelhaft billigen Preise

unseres diesmaligen „Inventur-Ausverkaufs", der wie im Frieden in den letzten Tagen (Montag und Dienstag) noch weitere Preisherabsetzungen bringt in fast allen Lägern:

Damen-Konfektion, Damen-Wäsche, Herren-Artikel, Schuhwaren, Baumwollwaren, Kleider- und Seidenstoffe, Wirkwaren, Teppiche, Gardinen, Möbel, Haushaltwaren usw.

Hausfrauen!
Nur 3 Tage
können wir diese billigen Preise wegen sonst allzu grosser Verluste gewähren.

Allerdings nur **6 Uhr**

Hausfrauen!
Nur 3 Tage
können wir diese billigen Preise wegen sonst allzu grosser Verluste gewähren.

Schluß dieses billigen Kurzwaren-Angebots im Lichthof.

Maschinengarn weiß u. schwarz, 200 m Rolle **2.50**
Maschinengarn Ia. Qualit., weiß u. schw., Rolle **3.95**
Zwirn Ia. Qual., schwarz und weiß ... pr. Rolle 75 ₰ **60 ₰**
Wollstopfgarn Ia. schwarz, pro Karte 85 ₰ **75 ₰**
Twist in allen Farben ..... pr. Kr. **95 ₰**
Bettgarn Ia. 11-Gr.-Rolle **2.25**
Stopfpilze poliert 85 ₰ ..... dazu **55 ₰**
Stopfeier von poliert ..... **65 ₰**
Zentimetermaße 150 cm lang ..... 1.25 **65 ₰**
Kopierröchen ..... pro Schock 1.— **95 ₰**
Fingerhüte alle Gr., vernickt 35 ₰ Stück **25 ₰**
Korsettschließen gut vernickt verz. Stahlen, Paar **1.45**
Hosenschoner Eisengarn mit verst. Kante, Meter 75 ₰ **50 ₰**

Durchziehbändchen weiß Ia. Baumwolle ..... p. 3-m-Stück

17	22	25	29	33	37
45 ₰	50 ₰	60 ₰	70 ₰	80 ₰	90 ₰

Köperband weiß ..... 1.15 95 ₰ 85 ₰ **65 ₰**
Gummistrumpfbänder Ia. Qualität, pro Mtr. 2.50 1.95 **1.45**
Knopflochgummiband Ia. Qualität ... pro Mtr. 3.— **2.40**
Strumpfhalter für Damen, Ia. Hirschleder ... **4.75**
Strumpfhalter Ia. Gummigurtband **3.50**
Schuhriemen Eisengarn, 65 u. 110 cm, 2 Paar **95 ₰**
Schuhriemen Ia. Maco ..... Paar **1.15**

Baumwollband weiß, pr. 3-m-Stck.

10	12	14	16 mm
50 ₰	60 ₰	70 ₰	95 ₰

Köperband weiß, Ia. Qualität

10	12	14	16 mm
95 ₰	1.15	1.35	1.55

Halbleinen-Band weiß . 1.65 1.45 1.25 1.15 **95 ₰**
Baumwollband blau, grau u. schwarz .. 3 Mtr. **1.35**
Schürzenband blau gestreift, 20 mm .. 3 Mtr. **1.45**
Barmer Bogen glatt ..... Meter 65 ₰ **45 ₰**
Miedergurt Ia. Qualität Baumwoll. schw. u. weiß . Mtr. **1.60**
Miedergurt Ia. Qualität m. Stäbchen, schwarz u. weiß . Mtr. **2.35**
Nahtband Ia., schw. u. wß., 10-Mtr.-Stck. **2.95**

Stecknadeln Ia. Messing ..... Brief 100 St. **65 ₰**
Stecknadeln Ia. Messing ..... Brief 200 St. **1.25**
Nähnadeln „Grünschild" Ia. Qualität ..... Brief **50 ₰**
Druckknöpfe schwarz ..... Dtz. **45 ₰**
Haken und Augen schwarz u. weiß, Ia. ..... Pack **15 ₰**
Mangelknöpfe weiß, gute Qualität

Linie	14	16	18	20	22
Dutzend	50 ₰	55 ₰	65 ₰	70 ₰	80 ₰

Linie	24	26	28	30
Dutzend	90 ₰	1.—	1.20	1.40

Perlmuttknöpfe weiß 2 Loch, Dtz. 1.80 1.40 1.10 80 ₰ **70 ₰**
Perlmuttknöpfe weiß 4 Loch ..... 2.30 2.— 1.60 1.50 **1.30**
Korsettriemen 5 u. 7 m Ia. Baumwolle 2.10 **1.55**
Korsettriemen extrastark Leinen, 6 m **3.55**
Tressen schwarz, woll., 22 mm breit... **1.55**

Landgarn zu Gerb. Schuhwerk ..... Lage 100 g **7.50**
Strickgarn „Meinerwolle" schwarz ..... Lage 100 g **11.75**
Reinwoll. Strickgarn Ia. Qual., schwarz ... 100 g **13.75**
Reinwoll. Strickgarn extra pa. Qualität ... 100 g **16.75**

Ein Posten
Sicherheitsnadeln schwarz
Ia. Qual. 1 1 1 1 1 1
Dtz. 25 30 35 45 50 ₰

Je ein Posten
Schuhriemen schwarz, 4 Paar zusammen **50 ₰**
Miederband schwarz mit Gummi, Kante ..... Meter **10 ₰**

Ein Posten
Haarnadeln „Federleicht" glatt und gewellt 3 Pakete zusammen **25 ₰**

Je ein Posten
Taillenverschlüsse weiß ..... Stück **15 ₰**
Korsettschließen 20 und 22 lang ..... Paar **90 ₰**

Rudolph **Karstadt** Lübeck